

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.1 - 61. Jahrgang

15. Januar 2011

Schwarz-gelb schmerzt -
auch im Portemonnaie



Das neue Jahr hat in vielen Bereichen mit Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger begonnen. Die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge gehört genauso dazu wie die Streichung des Elterngelds für Hartz-IV-Empfänger.

Mitglieder der SPD Südost haben auf diese Entwicklung jetzt mit schwarz-gelben Handzetteln aufmerksam gemacht. Passend dazu fanden sie eine aktuelle Plakatkampagne des Sozialverbandes VdK.

Foto: Doering

Debatte zum Afghanistan-Einsatz

Am 27. Januar 2011 wird der Deutsche Bundestag über die Mandatsverlängerung in Afghanistan abstimmen. Am Vorabend der Abstimmung laden die Berliner Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert, Dr. Eva Högl, Petra Merkel, Swen Schulz und Wolfgang Thierse zu einer Diskussionsveranstaltung in Spandau über die Bedingungen der SPD-Bundestagsfraktion für eine Mandatsverlängerung. Die Situation in Afghanistan erläutert der Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold, sicherheits- und verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

➔ 26. Januar, 19 Uhr, Seniorenclub Lindenufer, Mauerstr. 10 A, 13597 Berlin-Spandau, Anmeldungen erbeten bis zum 24.01.2011: Büro Mechthild Rawert, MdB, Telefon:(030) 227-73750

SPD-Klausur:

„Fortschritt neu definieren“

SPD-Spitze legt Diskussionspapier vor

Einen „neuen Fortschritt und mehr Demokratie“ fordern der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier und SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles in einem gemeinsamen Papier, das jetzt vom SPD-Parteivorstand einstimmig beschlossen wurde.

„Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wieder für die Idee eines neuen gesellschaftlichen Fortschritts gewinnen und auf ihrer Grundlage unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen auch wieder zusammenführen“, heißt es in dem Papier, das im Laufe des Jahres in den SPD-Zukunftswerkstätten, auf einem Fortschrittskongress und in allen Teilen der Partei diskutiert werden soll.

Wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Fortschritt haben sich zu sehr voneinander abgekoppelt, kritisierte Sigmar Gabriel. Fortschritt soll wieder mehr mit steigender Lebensqualität zu tun haben. Wenn Fortschritt ein politischer Leitbegriff für die Gestaltung der Zukunft werden soll, müssen wirtschaftliches Wachstum, soziale Gerechtigkeit und Verantwortung für die Um-



Für einen „neuen Fortschritt“: Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel.

welt in Einklang gebracht werden, erklärte der SPD-Vorsitzende.

Mit einer Reihe konkreter Maßnahmen will die SPD dazu die Weichen stellen. So will sie den Spitzensteuersatz erhöhen, Gering- und Durchschnittsverdiener entlasten, das Ehegattensplitting im Steuerrecht kippen und ein staatliches Sondervermögen für Bildungsausgaben schaffen.

Nach einer Phase der Konsolidierung haben die Sozialdemokraten jetzt einen "Perspektivwechsel" vorgenommen, erklärte Gabriel. "Die SPD kümmert sich um Gegenwart und Zukunft."

BS □

Berliner SPD baut Vorsprung aus

Umfragen: 54 Prozent würden Klaus Wowereit direkt wählen

Die Berliner SPD legt in der neuesten Umfrage zum Jahresbeginn weiter zu und käme derzeit auf 29 Prozent.

Der Berlin-Trend von Infratest-dimap im Auftrag der Berliner Morgenpost und der RBB-Abendschau zeigt zudem, dass der Vorsprung des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit vor der grünen Herausforderin Renate Künast weiter wächst: Klaus Wowereit würde bei einer Direktwahl von 54 Prozent der Berlinerinnen und Berliner gewählt, das ist ein Plus von 4 Prozent. Renate Künast verliert weitere 3 Prozent und käme noch auf 28 Prozent.

Die SPD liegt der Umfrage zufolge vier Prozent vor den Grünen, die derzeit auf 25

Prozent kommen. Die CDU landet bei 20 Prozent, die Linke bei 17 Prozent. Die FDP

IN DIESER AUSGABE:

MITTELMASS REICHT NICHT	S. 2
WETTERN AUF DIE BAHN	S. 3
BUCH-NEUERSCHEINUNGEN	S. 12
FILM: „WIR SITZEN IM SÜDEN“	S. 16

würde nicht erneut ins Abgeordnetenhaus kommen.

Schon eine Forsa-Umfrage von Mitte Dezember letzten Jahres hatte die SPD mit 27 Prozent vor den Grünen gesehen und einen zweistelligen Vorsprung von Klaus Wowereit bei der Kandidatenfrage ergeben. BS □

Mittelmaß reicht nicht

Swen Schulz fordert Konsequenzen aus der PISA-Studie

Vor fast zehn Jahren war Deutschland entsetzt: die OECD hat in ihrer Bildungsstudie festgestellt, dass die 15-jährigen Schülerinnen und Schüler in Deutschland schlechter sind als die in den meisten anderen Nationen, und dass der Bildungserfolg wie in kaum einem anderen Land vom sozialen Status und dem Bildungsniveau der Eltern abhängig ist. Fortan war vom „PISA-Schock“ die Rede: Deutschland, das Land der Dichter und Denker, auf dem Weg zu einem Land der Dummköpfe!

Seitdem steht Bildung ganz weit vorne auf der politischen Tagesordnung - und immer wieder werden Wahlen durch bildungspolitische Debatten entschieden. Die Bürgerinnen und Bürger sind ungeduldig, weil ihnen die Verbesserungen nicht schnell und weit genug gehen. Häufig sind Politikerinnen und Politiker mit Kritik konfrontiert, negative Meldungen dominieren die Medien.

Und tatsächlich folgen großen Worten häufig nicht so durchgreifende Taten, Sonntagsreden scheinen Montags schon vergessen. 7 Prozent des Bruttosozialproduktes in Bildung investieren - davon sind wir mindestens 20 Milliarden Euro entfernt. Andererseits ist unter Politikern auch klar, dass Bildung Priorität hat - das wird bei den Haushaltsberatungen immer wieder klar. Mit anderen Worten: Zwar schneidet die Bildung im Vergleich mit anderen Politikfeldern finanziell sehr gut ab, aber wir investieren noch nicht genug in Bildung.

Debatten hin oder her: Alle drei Jahre schlägt der Politik die Stunde der Wahrheit. Denn dann kommt eine aktuelle PISA-Studie heraus. Man muss diese Studie nicht als einzigen Maßstab nehmen, doch sie bleibt wichtig.

Und bei aller Kritik ist doch ein Trend ganz klar erkennbar: Deutschlands Schülerinnen und Schüler werden besser! Und zwar kontinuierlich von 2000 über 2003, 2006 und, jetzt aktuell vorgelegt, 2009. Die Ergebnisse in der Lesekompetenz sind inzwischen ordentlicher internationaler Durchschnitt, bei Mathematik und den Naturwissenschaften sogar überdurchschnittlich. Die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft und der Bildung der Eltern hat abgenommen und liegt nun im durchschnittlichen Bereich.

Schaut man sich die Ergebnisse genauer an, fallen vor allem die Verbesserungen im unteren Leistungsbereich sowie bei den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund auf. Während die einen Sprung nach vorne gemacht haben, hat



Swen Schulz ist stellvertretender bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

sich bei den Leistungsstärkeren kaum etwas getan.

Die verbesserten Ergebnisse von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund freuen mich besonders. Denn erstens ist das bitter nötig. Und zweitens zeigt das, dass diejenigen Unrecht haben die sagen, dass es sowieso keinen Zweck hat, dass die Zugewanderten genetisch bedingt dümmere sind und bleiben. Bildung hilft und wir geben niemanden verloren - alle haben gleiche Chancen verdient - und es lohnt sich!

Woher kommen die Erfolge? Zuallererst sind es die Erfolge der Schülerinnen und Schüler, der Pädagogen, der Eltern, die Erfolge von allen, die in und um die Schule herum sich engagieren. Hinzu kommen politische Entscheidungen: das rot-grüne Ganztagschulprogramm hat geholfen und eine Entwicklung angestoßen, es wurden mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt und auf die Leistungen von Schule stärker geachtet.

Nun ist aber mit den aktuellen Ergebnissen nicht alles gut. Viele hängen noch weit hinterher. Und auch in der Spitze sind wir nicht gut genug. Insgesamt sind wir durchschnittlich - das ist besser als 2000, aber nicht gut genug für die Zukunft - Mittelmaß reicht nicht, weder gesellschaftlich noch volkswirtschaftlich!

Wir müssen schauen, was die Länder, die bei PISA gut abschneiden, machen - im Gegensatz zu uns. Das sind im Wesentlichen drei Dinge: Längeres gemeinsames Lernen, mehr qualifiziertes pädagogisches Personal und Ganztagschulen.

Gerade Berlin schreitet an diesen Stellen voran. Leider immer wieder gehindert durch die Bundesregierung. Sie tut nichts für eine vernünftige Diskussion über Bildungskonzepte, wie es etwa in der Bildungsforschung ginge. Sie belastet die Länderhaushalte mit Steuergeschenken für Hoteliers und Großen, anstatt die Länder in die Lage zu versetzen mehr in Bildung zu investieren. Und sie setzt etwa in ihrem „Bildungspaket“ auf Gutscheine für

Nachhilfe anstatt auf Investitionen in Ganztagschulen. Annette Schavan hat mir neulich im Ausschuss klipp und klar mitgeteilt, die Bundesregierung lehne ein neues Ganztagschulprogramm ab!

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert zehn Milliarden Euro jährlich alleine vom Bund mehr in Bildung zu investieren. Das geht, wenn man Steuergeschenke wieder einsammelt, die Starken ordentlich besteuert und auf das unsägliche Betreuungsgeld (eine Prämie für das Fernhalten von Kindern von der Kita - unfassbar!) verzichtet. Dafür wollen wir unter anderem ein Ganztagschulprogramm II unter Berücksichtigung der Finanzierung von mehr pädagogischem Personal. Als erstes wollen wir flächendeckend Schulsozialarbeiter in den Schulen einrichten. **Swen Schulz** □

POLITIK PERSÖNLICH



Heinz Buschkowsky, Neuköllner Bezirksbürgermeister, wurde auf dem Neujahrsempfang der Berliner SPD-Fraktion in der Kalkscheune vom SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Michael Müller herzlich begrüßt. Zu Jahresbeginn war Buschkowsky von den Leserinnen und Lesern der Berliner Morgenpost sowie den Hörerinnen und Hörern von 104,6 RTL zum „Berliner des Jahres“ gewählt worden. „Buschkowsky kennt seinen Bezirk, kennt die Schwierigkeiten - und er spricht darüber. In einer Sprache, die jeder versteht“, so hieß es in der Begründung der Preisverleihung. Foto: Andreas Schwager □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin

Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Aboservice: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Nahverkehr:

Wettern auf die Bahn

Konzernführung weicht der Verantwortung aus

Eine Traueranzeige auf dem Titel einer Berliner Boulevardzeitung meldete Anfang Januar bereits den Exitus der S-Bahn. Die Fahrgäste auf den Bahnsteigen gaben die Hoffnung dennoch nicht auf und warteten weiter auf überfüllte Züge. Bahnchef Grube, am Montag in den Verkehrsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses geladen, war da weniger hoffnungsvoll. Er mochte sich weder festlegen, wie eine erneute Entschädigung aussehen könnte noch wann die Bahn wieder voll funktionsstüchtig ist.

Als „Enttäuschung auf der ganzen Linie“ bezeichnete daher der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller die Anhörung von Bahnchef Grube. „Es ist dreist, wenn der Bahnchef in den Verkehrsausschuss kommt und keine konkreten Aussagen zu Entschädigungen macht. Auch die Maßnahmen, die die Bahn jetzt ergreifen will, sind dürrtig. Wir erwarten, dass die Bahn endlich aufwacht und die Verantwortung für das Chaos bei der Berliner S-Bahn übernimmt und sich ihrer Verantwortung stellt“, so Michael Müller.

Der Parlamentarische Geschäftsführer und verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christian Gaebler, kritisierte, dass die Bahn in der Ursachenermittlung keinen Schritt weitergekommen ist. „Die Bahn sucht die Schuld allein beim Bahnhersteller Bombardier, kann aber nach wie vor nicht erklären, warum die Bahn die fehlerhaften Züge abgenommen hat und sogar auf Gewährleistungsansprüche verzichtet hat. Auch die Probleme im Schienennetz hat allein die Bahn zu verantworten. Ärgerlich ist es auch, dass die Bahn noch immer nicht die notwendigen personellen Konsequenzen gezogen hat“, so Christian Gaebler.

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit hatte bereits in der vergangenen Woche mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer erneuten Entschädigung der Fahrgäste hingewiesen. Sie hatten auch im Dezember - einem der Entschädigungsmonate für das vergangene Jahr - die Bahn kaum nutzen können.

Die SPD-Fraktion erwartet, dass die Bahn schnell eine Entschädigung von mindestens zwei Monatsbeträgen Erstattung für ihre Schlechtleistung zahlt und endlich auch Maßnahmen ergreift, mit denen die Fehler der jetzt im Einsatz befindlichen Züge behoben werden. „Es ist nicht hinnehmbar, dass die Bahn eine Verbesserung erst mit der langfristigen Anschaffung von neuen Zügen in Aussicht stellt“, so Gaebler. „Kurzfristig muss in jedem Fall die deso-



Vergangene Zeiten: Werbung der Bundesbahn aus den achtziger Jahren.

late Fahrgastinformation verbessert werden. Wir erwarten auch weiterhin, dass die Bahn einen Krisenstab zum S-Bahn-Betrieb und einen Sonderbeauftragten einsetzt. Die Bundesregierung muss die fatale Gewinnabschöpfung von 500 Millionen Euro von der Bahn stoppen und ihre Aufgabe als Eigentümerin gewissenhaft wahrnehmen“, so Michael Müller.

Verkehrssenatorin Ingeborg Junge-Reyer ist vom Regierenden Bürgermeister beauftragt worden, zusammen mit der BVG zu prüfen, wie den Berliner Fahrgästen durch einen leistungsfähigen Bus-Ersatzverkehr geholfen werden könne. **BS** □

Riskanter Besitz?

SPD-Fraktion diskutierte Kaufangebot für Immobilien Holding BIH

Die Entscheidung ist offen. Erst im Februar wird voraussichtlich weiter über einen möglichen Verkauf der Berliner Immobilien Holding (BIH) beraten, in der die riskanten Fonds der früheren Bankgesellschaft vereint sind.

Finanzsenator Ulrich Nußbaum liegt ein Angebot eines Konsortiums unter Führung eines britischen Finanzinvestors Chapelwood Ltd vor, der knapp 95 Prozent der BIH für 67 Millionen Euro zuzüglich einer Kostenpauschale von 14 Millionen Euro übernehmen will. Welche Risiken in den Fonds, die mit hohen Ausschüttungsgarantien versehen waren, heute noch stecken, ist unklar.

Reinickendorf:

Stadtteiltag mit Jörg Stroedter

Der Reinickendorfer SPD-Abgeordnete Jörg Stroedter lädt am 20. Januar zu einem Stadtteiltag in seinem Wahlkreis ein. Jörg Stroedter, der auch Kreisvorsitzender der SPD im Bezirk ist, besucht an diesem Tag u.a. Schulen und Betriebe und führt Gespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern.

Ab 16.00 steht er am Infostand am Kurt-Schumacher-Platz (Eingang Clou) zusammen mit Andreas Höhne, Stadtrat für Gesundheit und Soziales, Peter Senftleben, Stadtrat für Jugend und Familie, sowie Uwe Brockhausen, SPD-Fraktionsvorsitzender in der BVV zum Gespräch zur Verfügung. Um 19.00 lädt er zum Bürgerforum Gesundheitspolitik im Ratskeller Reinickendorf mit Andreas Höhne, Thomas Isenberg, (MdA, gesundheitspolitischer Sprecher) und der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert. **BS** □

Spandau:

Ins Parlament mit Raed Saleh

Der SPD-Abgeordnete Raed Saleh lädt Schulklassen, Seniorengruppen und andere interessierte Gruppen aus Spandau im Januar und Februar zum Besuch des Abgeordnetenhauses ein.

Sie können dort, den Ablauf politischer Entscheidungsprozesse kennenlernen und sich über die Arbeit eines Politikers informieren. „Wir werden auch zeigen, wie aus einer Idee ein Gesetz wird und wie politische Entscheidungen in den Gremien zustande kommen“, so Saleh. Terminabsprachen sind unter 333 71 65 möglich. **BS** □

uh □

Friedrich-Ebert-Stiftung:**Studie zur Berliner
Seniorenvertretung**

2011 wird in Berlin gewählt – nicht nur das Berliner Abgeordnetenhaus, auch die Seniorenvertretungen stehen zur Wahl.

Seit 2006 gibt es in Berlin einen gesetzlichen Rahmen für die Arbeit von Seniorenvertretungen. 2011 wird das Seniorenmitwirkungsgesetz novelliert. Berlin ist das erste Bundesland, das vor knapp fünf Jahren eine gesetzliche Bestimmung erlassen hat, um die Arbeit der Seniorenvertretungen einheitlich zu regeln.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, in dem die Wirkung dieses Gesetzes untersucht wird. Die wesentlichen Ergebnisse werden hier vorgestellt und diskutiert von und mit Prof. Dr. Christiane Dienel, wissenschaftliche Leiterin des nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung; Ülker Radziwill, sozial- und seniorenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus; Heidemarie Fischer, Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin; Mag. Wolfgang Braumandl, Sekretär der Geschäftsführung des Österreichischen Seniorenrates. t. BS o
 ➔ Donnerstag, 20. Januar 2011, von 14.00 bis 16.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2, Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin. Teilnahme bitte anmelden unter: Email: [forumug\[at\]fes.de](mailto:forumug[at]fes.de)

Demonstration:**Protest gegen Gentechnik
und Tierfabriken**

„Wir haben es satt!“ ist das Motto eines Demonstrationszuges am 22. Januar, zu dem zahlreiche Umweltschutzorganisationen aufrufen. Ihre Forderung: „Nein zu Gentechnik, Tierfabriken und Dumping-Exporten“.

➔ Demonstration am Samstag, 22. Januar 2011 in Berlin, 12 Uhr Hauptbahnhof, Washingtonplatz, Abschlusskundgebung und Rock for Nature am Brandenburger Tor

Humboldt-Universität:**Wahlauf Ruf zum
Studierendenparlament**

Die Juso-Hochschulgruppe der Humboldt-Universität ruft alle dort immatrikulierten Genossinnen und Genossen auf, sich an der Wahl am 19. und 20. Januar zu beteiligen und die Liste der Jusos zu unterstützen.

➔ Weitere Informationen im Internet: <http://jusoshu.blogspot.com/>

Sozialleistungen:**Gemeinsam umsteuern**

SPD und Gewerkschaften suchen die Zusammenarbeit

„Das Sparpaket der Bundesregierung ist sozial ungerecht. Die Bundesregierung spart auf Kosten der Ärmsten. Vermögende, reiche Erben und BezieherInnen hoher Einkommen bleiben völlig verschont. Im Gegensatz zu den Arbeitslosen werden sie in keiner Weise zur Konsolidierung der Staatsfinanzen herangezogen. Die Kürzungen drücken auf den Lebensstandard und schwächen in erheblichem Umfang die Wirtschaftskraft“, so die Vorsitzende des ver.di-Landesbezirks Susanne Stumpenhusen.

Die Abteilungen 8, 13 und die AfA Friedrichshain-Kreuzberg hatten zu einer Veranstaltung eingeladen, um den Dialog zwischen der SPD und den Gewerkschaften wieder aufzunehmen. Die regionalen Auswirkungen des Sparpakets machte der stellvertretende Bürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg Dr. Peter Beckers (SPD) deutlich. Der Bezirk und die Menschen, die in ihm leben, werden besonders von den Sparmaßnahmen betroffen sein. Grund sei die hohe Arbeitslosigkeit und die daraus resultierende hohe Zahl von Leistungsempfängern. Im Land Berlin werden in 2011 insgesamt 200 Mio. Euro weniger im Bereich der Eingliederung für Arbeit zur



Dr. Peter Becker, Sevim Aydin und Susanne Stumpenhusen.. Foto: SPD Luisenstadt

Verfügung stehen. Für Friedrichshain-Kreuzberg bedeutet das, dass er mit circa 20 Mio. Euro weniger im Bereich der Beschäftigungsförderung auskommen muss. Einig waren sich alle darin, dass die Alternativen zum Sparpaket in einer anderen Gestaltung der Steuerpolitik liegen. Vermögende müssen stärker in die Verantwortung genommen werden und ein gesetzlicher Mindestlohn muss her.

Diese Veranstaltung war der Auftakt für eine Veranstaltungsreihe, die zum Ziel hat, Gewerkschaften und Sozialdemokraten in einen intensiven Austausch zu bringen, damit sie wieder gemeinsam politische Prozesse gestalten.

Sevim Aydin und Nele Heß □

Gesundheit in drei Klassen

SPD lädt zur Diskussion über gerechte Krankenversicherung

Zu einer öffentlichen Diskussion über die Zukunft der Krankenversicherung lädt die SPD Westend am 18. Januar. Mit der Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses Dr. Carola Reimann (MdB) soll über die aktuellen Veränderungen und Entwicklungen in der Gesundheitspolitik, Auswirkungen und Alternativen diskutiert werden.

Mit der so genannten Gesundheitsreform der schwarz-gelben Bundesregierung wurde der Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung beschlossen und Deutschland ist auf dem Weg zur Klassenmedizin. Privat- und Zusatzversicherungen sollen gestärkt werden und die FDP betreibt auch in diesem Bereich immer unverhohlener Lobbypolitik.

Am 1. Januar 2011 sind die Beitragsätze der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) von 14,9 auf 15,5 Prozent gestiegen. Davon zahlen die Beschäftigten 8,2 und die Arbeitgeber 7,3 Prozent. Der Arbeitgeberanteil wird eingefroren und somit werden sie dauerhaft aus der paritätischen Finanzierung entlassen. Alle künftigen Kostenstei-

gerungen tragen allein die Beschäftigten, Studierenden sowie die Rentnerinnen und Rentner. Sie werden zudem doppelt belastet, weil die GKV nun ungedeckelte und einkommensunabhängige Zusatzbeiträge erheben kann: die kleine Kopfpauschale. Die nächste unsolidarische Zusatzkopfpauschale steht mit der Reform der Pflegeversicherung bereits vor der Tür.

Dagegen setzt die SPD nach wie die Idee einer solidarischen Bürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihren Einkünften einzahlen sollen und durch die jeder nach seinen Bedürfnissen und nicht nach seinem Geldbeutel versorgt wird. Eine paritätisch-solidarische Finanzierung über angemessene Beiträge und Steuern sorgt auf Dauer für eine gerechte und stabile Finanzierung des Gesundheitssystems. Um ungleiche Gesundheitschancen abzubauen sollen auch privat Versicherte einbezogen werden.

➔ Dienstag, 18. Januar 2011, um 19.30 Uhr im Kullman's | Theodor-Heuss-Platz 5 | Berlin-Westend | U-Bahnhof Theodor-Heuss-Platz

345 Jahre Parteileben

SPD Südstern ehrte langjährige Mitglieder

Auf einer Feier hat die SPD Südstern im Dezember langjährige Mitglieder geehrt. Der 95jährige Kurt Arndt ist seit 80 Jahren Parteimitglied.

Zusammen bringen sie es auf 345 Jahre in der SPD. Die vier Männer und sieben Frauen feierten in diesem Jahr runde Parteijubiläen - von der zehnjährigen bis zur 80-jährigen Mitgliedschaft. Auf letztere blickt Kurt Arndt zurück. Leider konnte der 95jährige aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Ehrung im neuen Kreisbüro der SPD Friedrichshain-Kreuzberg teilnehmen. Die Abteilungsvorsitzende Anja Möbus hatte ihn daher in der Vorwoche besucht und ihm die Jubiläumssurkunde mit der Unterschrift des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel überreicht.

50 Jahre SPD-Mitglied sind Wolfgang Bischof und Manfred Hardow. Für 40-jährige Mitgliedschaft wurde der langjährige



Mitglieder der SPD Südstern mit Astrid Klug, Jan Stöß, Anja Möbus (r.) und dem langjährigen Bezirksverordneten Jörg Becker (z.v.r.). F: Doering

Kreuzberger Bezirksverordnete Jörg Becker ausgezeichnet. Den Grundstein für eine langjährige Parteimitgliedschaft legte am 7. Dezember Markus Dammann. Der 24-Jährige nahm sein Parteibuch aus den Händen von SPD-Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug entgegen. **Kai Doering** □

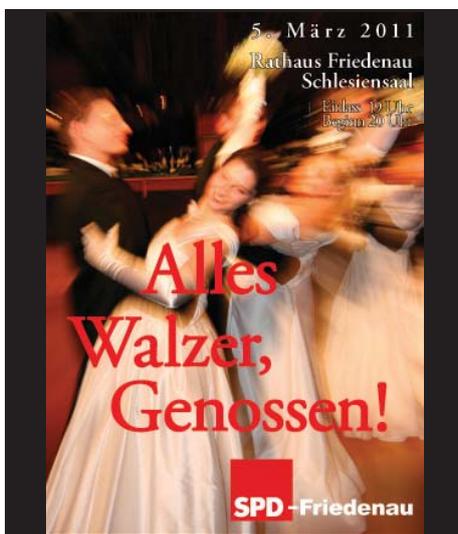
SPD Dahlem fährt nach Wroclaw

Am 9. und 10. April 2011 lädt die SPD Dahlem zur Wiederholung ihrer Exkursion nach Wroclaw/Breslau.

Am ersten Tag steht die Besichtigung der Innenstadt mit Markthalle, Ring, Kaufhaus Petersdorff (Erich Mendelsohn), ehemaligem Geschäftshaus in der Junkernstrasse (Hans Poelzig), ehemaligem Warenhaus Wertheim (Hermann Dernburg), ehemaligem Ghetto u. a. m. auf dem Programm. Am zweiten Tag ist die Besichtigung des Geländes der Jahrhundertausstellung von 1913 (Gesamtplanung: Hans Poelzig) mit der auf der UNESCO-Weltkulturerbeliste stehenden Jahrhunderthalle von Max Berg und der Werkbundaustellung Wohnung und Werkraum (WUWA, 1929) mit Bauten von Hans Scharoun, Adolf Rading u.a., Imbiss-Mittagessen im „Hotel Scharoun“ geplant, anschliessend ein Rundgang durch die Siedlung Zimpel (zwanziger Jahre) und Besuch des alten jüdischen Friedhofs mit dem Grab Ferdinand Lassalles, zusammen mit Karl Marx „Gründungsvater“ der deutschen Sozialdemokratie. Auf der Rückfahrt wird ein Abstecher zur Besichtigung der Friedenskirche in Swidnica (UNESCO-Weltkulturerbeliste) unternommen. **BS** □

➡ Der Kostenbeitrag liegt bei ca. 145 Euro (Einzelzimmer) bzw. 125 Euro (Doppelzimmer). Interessentinnen und Interessenten können sich beim Dahlemer Abteilungsvorsitzenden Burkhard Zimmermann melden: telefonisch unter 891.68.00 (früh 7 bis 8 Uhr) oder per Mail burkhard.z@t-online.de

5. März: „Alles Walzer“ in Friedenau



Er ist auf dem besten Wege, eine Institution zu werden: Der jährliche Ball der SPD Friedenau. Schon zum vierten Mal steht jetzt eine rauschende Ballnacht ins Haus, die dieses Mal unter dem Motto „Frühlingserwachen“ steht.

Mit dabei sind wieder als optische Highlights Tanzshow-Einlagen des Tanzsportclubs Blau-Silber Berlin e.V., kulinarische Köstlichkeiten und dies alles im stimmungsvollen Ambiente des Schlesiensaals.

➡ Samstag, den 5. März 2011, im Rathaus Friedenau, Schlesiensaal. Beginn: 20 Uhr (Einlass: 19 Uhr)

➡ Vorbestellung der Karten zu 28 Euro im Büro Edmund Hellmich, Telefon 030 - 51 73 66 14, E-Mail: mail@rechtsanwalt-hellmich.de

FRAKTION INTERN

Neujahrsempfang. Zum Neujahrsempfang der SPD-Fraktion am 8. Januar sind über 200 Gäste in die Kalkscheune in Mitte gekommen. Eingeladen waren Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport und dem sozialen Leben Berlins. Der Landes- und Fraktionschef der Berliner SPD, Michael Müller, begrüßte die Gäste in dem denkmalgeschützten Fabrikgebäude in der Johannisstraße. Auch mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, den SPD-Senatoren und den Abgeordneten kamen viele Gäste ins Gespräch. Michael Müller hatte zuvor in seiner Begrüßungsrede betont, dass er sich auf ein besonders interessantes Jahr mit vielen politischen Diskussionen freut. "Uns geht es um die Lebensgrundlage der Menschen. Deshalb kämpfen wir weiter für eine gute wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze", sagte Müller. (siehe auch Seite 2)

SPD-Fraktion geht in Klausur. Vom 21. bis 23. Januar fährt die SPD-Fraktion zu ihrer traditionellen Klausurtagung, die in diesem Jahr in Dresden stattfindet. Dort werden die Abgeordneten über die Schwerpunkte im Wahljahr 2011 diskutieren und sich vor allem mit dem Thema Kinder-, Jugend- und Familienpolitik befassen.

Neue Fachsprecherin. Dilek Kolat ist neue finanz- und haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Die 43-jährige direkt gewählte Abgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg, die auch stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist, folgt Stefan Zackenfels nach, der seine Sprecherfunktion aus persönlichen Gründen niedergelegt hat.

Bezahlbare Mieten in Berlin sichern. Das neue Faltblatt "Bezahlbare Mieten in Berlin sichern. Für eine gerechte Bau- und Wohnungspolitik" ist jetzt erhältlich. Darin werden die Beschlüsse und Initiativen der SPD-Fraktion für den Erhalt des sozialen Mietrechts auf Landes- und Bundesebene vorgestellt. Das Faltblatt gibt es bei der Pressestelle der SPD-Fraktion, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin-Mitte, Tel. 23 25 22 40, E-Mail spd.pressestelle@spd.parlament-berlin.de.

Postämter müssen erhalten bleiben. Die Deutsche Post will bis Ende 2011 alle Postämter schließen. Postdienstleistungen werden in andere Geschäfte verlagert wie Internetcafés, Tabakläden oder Bäckereien. Mit einer Unterschriftenaktion protestiert die SPD-Fraktion gegen die Filialschließungen. Die Unterschriften werden gesammelt an die Verantwortlichen beim Bund und bei der Post übergeben. Die Protest-Postkarte kann auch in höherer Stückzahl bei der Pressestelle abgeholt oder als PDF im Internet heruntergeladen werden: <http://www.spdfraktion-berlin.de>. **CS** □

Handwerkszeug für die politische Arbeit

Die Stadt und ihre Quartiere sind als Ort politischer Auseinandersetzungen und gerechter Teilhabe aktueller denn je. Um stadt- und kommunalpolitische Arbeit und Diskurse zu qualifizieren, bietet das August-Bebel-Institut deshalb vielfältige Veranstaltungen mit



Ingo Siebert ist Geschäftsführer des August-Bebel-Instituts.

die ehrenamtliche politische Arbeit sowie Dialoge zu stadtpolitischen und aktuellen Themen an. Im Jahr 2010 konnten wir mit 78 Veranstaltungen ca. 1.800 Teilnehmer/innen unterschiedlicher Alters- und Zielgruppen gewinnen.

Junge Leute erreichten wir beispielsweise mit unseren Seminaren für Schülervertretungen und junge Umweltengagierte, dem Ausstellungsprojekt „Station Berlin - Gehst du weg? Kommst du an? Bleibst du hier?“ und den Workshops zum interkulturellen Dialog für Schüler/innen mit und ohne Migrationshintergrund.

2011 wird ein spannendes Jahr mit bedeutenden politischen Entscheidungen und wichtigen Gedenktagen. Nur einige erste Stichpunkte: 100 Jahre Internationaler Frauentag, vor 65 Jahren die Zwangsvereinigung von SPD und KPD, vor 50 Jahren der Baubeginn der Mauer, vor 40 Jahren Deutschlands erster „Ausländerbeirat“ in Berlin u.v.m. **Ingo Siebert** □

Anmeldungen, Informationen, Kontakt

Das August-Bebel-Institut hat seinen Sitz in der 2. Etage des Kurt-Schumacher-Hauses in der Müllerstr. 163 (13353 Berlin-Wedding). Für Veranstaltungen und Ausstellungen nutzt es u.a. die Galerie im Kurt-Schumacher-Haus im Erdgeschoss, seine Bibliothek im 2. Stock mit etwa 8000 Medien sowie Säle im Haus.

➡ Das vollständige Programm sowie aktuelle Programmhinweise im Internet unter www.august-bebel-institut.de.

➡ Anmeldungen für Veranstaltungen sowie Auskunft über Teilnahmebeiträge telefonisch unter Tel. (030) 4692 122, per Fax (030) 4692 124 sowie per Mail unter kontakt@august-bebel-institut.de.

Frühjahrsprogramm:

Motiviert in die Politik einsteigen

Stadtpolitische, historische und aktuelle Veranstaltungen

Lust auf Politik und auf gesellschaftliches Engagement will das Frühjahrsprogramm des August-Bebel-Instituts mit einer Reihe stadtpolitischer, zeitgeschichtlicher sowie aktueller Seminare und Veranstaltungen machen.

„Motiviert in die Politik einsteigen“ ist das Thema einer Veranstaltung am Sonntag, d. 22. Januar 2011 (10-17 Uhr), die Anregungen für ein erfolgreiches Engagement geben will. Was brauche ich, wenn ich politisch etwas gestalten möchte? Auf welcher Ebene kann ich mich in politische Prozesse einbringen?

Kommunalpolitik ist für viele der Einstieg in die Politik - eine Welt zwischen Ausschussarbeit und Bürgerwünschen, zwischen Sitzungen und Kommunikation im Internet. Mit einer Kommunalwerkstatt „Aktiv mit und für Bürger/innen“ (Sa 12. - So 13. Februar 2011, 10-16 Uhr) gibt das August-Bebel-Institut ein Wochenende lang Einblick in die kommunalpolitische Arbeit der Bezirksverordnetenversammlungen (BVV).

Um die Städtepartnerschaft „Berlin-Warschau“ geht es am 19. Februar 2011 (11-15 Uhr). Im Erfahrungsaustausch zwischen Städtepartnerschaftsvereinen und Initiativen geht es darum, was „von unten“ zu bewegen ist.

Politisches Handwerkszeug vermitteln die Veranstaltungen „Politische Diskussionen moderieren - ein Training“ (Sa 12. März 2011, 10-17 Uhr), „Gutes tun - und darüber für Presse und Internet schreiben“ (Sa 26. März 2011, 10-17 Uhr) sowie „Kampagnenar-

beit: Menschen erreichen und motivieren - Kampagnen planen in der ehrenamtlichen politischen Arbeit“ (Sa 14. Mai 2011, 10-18 Uhr)

Um die „Chance Genossenschaft? Gemeinschaftliches Wohneigentum als Zukunftsaufgabe“ geht es im März. Angesichts hoher Boden- und Baupreise ist die Bildung von Wohneigentum für viele ›Normalverdiener‹ unerschwinglich. Mit dem Genossenschaftsmodell besteht schon lange eine Alternative, möglichst viele Menschen in den Genuss von vor Spekulation geschütztem Wohnraum zu bringen.

„Vom Nebeneinander zum Miteinander: Mauerbau und Willy Brandts Ostpolitik“ ist das Thema einer Führung durch die Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße mit Stiftungsdirektor Axel Klausmeier und einem anschließenden Gespräch zwischen Ingrid Stahmer und Klaus Schütz (Sa 19. März 2011, 14-16 Uhr).

100 Jahre Internationaler Frauentag dienen als Anlass für eine historische Spurensuche durch Berlin-Mitte. Die Stadtführung in Erinnerung an den ersten Frauentag, der 1911 noch am 19. März stattgefunden hatte, wird von Claudia von Gelieu geleitet (So 20. März 2011, 14-16 Uhr)

Im April und Mai stehen u.a. eine Führung über den Friedhof der Märzgefallenen, die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus und die Erinnerung an den SPD-Landesvorsitzenden Franz Neumann auf dem Programm. Für einige Veranstaltungen werden moderate Teilnahmebeiträge erhoben. **BS** □

Über(s) Leben

Tschetschenische Jugendliche in Berlin

Am Donnerstag, dem 20. Januar um 19 Uhr eröffnet das August-Bebel-Institut eine neue Ausstellung in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus. „Über(s) Leben“ beschreibt die Situation tschetschenischer Jugendlicher in Berlin. Die Ausstellung entstand in Zusammenarbeit mit dem Verein kulturbewegt e.V. und der Deutsch-Kaukasischen Gesellschaft.

Zu sehen: Ein Jugendzimmer, eingerichtet und gestaltet von tschetschenischen Jugendlichen, mit Fotoalben, Möbeln, Lieblingsmusik, Gebetsteppich, Laptop und persönlichen Accessoires. Ein Fernseher - mit einem Film über den 19-jährigen Ajuhhan wie er nach Kreuzberg zum Deutschkurs fährt, in der Hand eine schwarze Tasche mit Wörterbuch und einer klitzeklei-

nen tschetschenischen Flagge. Und - Hörstationen, über die Madina, Heda, Seda, und andere von ihrem Leben in Berlin-Wedding und von ihren Wünschen und Sehnsüchten erzählen. Auf nur 15 Quadratmetern vermischen sich die Zeugnisse der aktuellen Lebenssituation in Berlin mit den Erinnerungen an die verlorene Heimat und geben einen tiefen Einblick in die Lebenswelt der Jugendlichen. In Berlin leben über 1500 Flüchtlinge aus Tschetschenien - und ihre Zahl wächst. Noch gibt es wenig Informationen über sie. **PM** □

➡ Eröffnung: Donnerstag, 20. Januar 2011, 19 Uhr, mit Staatssekretär André Schmitz, Ingo Siebert (ABI) und Elke Brederbeck und Nicole Ahrens (kulturbewegt e.V.)

Zu sehen bis 17. Februar 2011, Öffnungszeiten unter 4692 122,

Jugendmedienschutz:

Mehr Mut in der Netzpolitik

Sven Kohlmeier über „die Berliner Nahsicht und Hannelores Kraft“

Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) - ein Wortungetüm, für das sich viel zu wenige Bürgerinnen und Bürger wirklich interessieren. Doch die Neuregelung, die sich die Staatskanzlei von Kurt Beck (SPD) für das Jahr 2010 ausgedacht hatte, war ein Paukenschlag für die Netzpolitiker. Denn Webseitenbetreiber sollten zu einer Altersklassifizierung all ihrer Inhalte gezwungen werden. Technische Filter sollten jugendgefährdende Inhalte für junge Internetnutzer unzugänglich machen.

Diese krude Idee hätte niemals den Jugendschutz verbessert, denn sie ist technisch kaum sicher umsetzbar - und bei Servern außerhalb Deutschlands hätte das Gesetz nicht gegriffen. Aber Webseitenbetreiber oder Anbieter unabhängiger kleiner Internet-Blogs, wären in Rechtsunsicherheit gestürzt worden, weil sie ihre Inhalte hätten klassifizieren müssen. Dabei hätten sie selbst einschätzen müssen, welcher Inhalt für welche Altersklasse freigegeben wird. Bei fehlender oder fehlerhafter Klassifizierung hätte eine Abmahnwelle gedroht. Die Netzgemeinschaft sprach von einem Sterben der deutschen Bloggerszene, von einer Zensurinfrastruktur und der Selbstzensur im Internet.

Kurz gesagt: Der neue JMStV verfehlte sein Ziel. Aber keine Länderkoalition (egal in welcher Zusammensetzung) traute sich, die Zustimmung im Landesparlament zum Staatsvertrag zu verweigern. Auch das Ber-



Sven Kohlmeier ist datenschutzpolitischer Sprecher der Berliner SPD-Fraktion. Foto: SPD Berlin

liner Landesparlament war gefragt. Berlin, das für Internet-Startups und die Kreativszene besonders sexy ist. Das aufgeklärte Berlin, welches immer wieder mit neuen und unkonventionellen Ideen überrascht. Würde das Berliner Parlament die Weitsicht haben, den Staatsvertrag scheitern zu lassen? Viele Hoffnungen knüpfte die Netzgemeinde an den Rot-Roten Koalitionären, die Abgeordneten wurden mit Emails und Argumenten für die Ablehnung des Staatsvertrages überhäuft.

Die Befürworter des Staatsvertrages appellierten an die staatstragenden Gene der Koalition und malten Horrorszenarien der politischen Blamage und gesellschaftlichen Diskussion an die Wand. Die Fraktion sprach sich mit 17 zu 11 Stimmen für eine

Zustimmung zum Vertrag aus, unser Koalitionspartner ließ sich die Zustimmung zum Staatsvertrag im Gegenzug für die Zustimmung zum Integrationsgesetz „abkaufen“, wie die Linkspartei-Abgeordnete Gabriele Hiller in der Debatte unumwunden zugab.

Die Hoffnungen der Netzgemeinde ruhten auf der frischen und neuen Koalition von Nordrhein-Westfalen - und sie wurden nicht enttäuscht: Hannelore Kraft (SPD) war zwar auch einmal für den JMStV gewesen. Aber sie machte keine Macho-Machtprobe aus der Sache. SPD und Grüne verweigerten ganz einfach die Zustimmung zum Jugendmedienschutzstaatsvertrag, damit war der Vertrag gescheitert.

Berlin ist immer noch sexy, darf sich aber netzpolitisch mehr trauen. Wer Hauptstadt der Kreativen und Internetgemeinde sein will, muss seine Politik für diese Interessengruppen im Parlament den eigenen Worten anpassen. Mit der (falschen) Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion zu Netzsperrern haben wir viele gute netzpolitische Ansätze kaputt gemacht und konnte diese nur mühsam wieder kitten. Es wäre eine gute Gelegenheit für die Berliner SPD und seine netzaffinen Mitstreiter gewesen, diesen Kit mit einer Ablehnung zum JMStV zu untermauern. Ich glaube, dass die SPD auch für Netzkjunkies, Blogger und Internetsurfer wählbar ist, wenn wir mehr Kraft und Mut bei netzpolitischen Entscheidungen haben.

Sven Kohlmeier □

„Das Menschenbild in der SPD“

Diskussion mit Wolfgang Thierse

Zu einer Diskussionsveranstaltung mit Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse über „Das Menschenbild in der SPD“ lädt die SPD-Abteilung Schöneberg am 25. Januar 2011 um 19.30 Uhr ins O-Ton-Theater in die Kulmer Straße 20 a ein.

Sarrazins Vorstellungen von biologisch vererbbarer Intelligenz und die darauf folgende Debatte über die Integrations- und Sozialpolitik in Deutschland, die teilweise zu erschreckenden Äußerungen in den Medien führte, hat in der SPD zu einer kontroversen Debatte geführt. Die Diskussionsbeiträge seitens der SPD waren bisweilen widersprüchlich oder verfielen sich in Detailfragen zur Sozial- und Integrationspolitik.

Angesichts des breiten Spektrums der Beiträge müssen offensichtlich grundsätzliche Fragen beantwortet werden: Worin besteht ein spezifisches sozialdemokratisches Menschenbild, auf dessen Basis wir nach innen unterschiedliche Meinungen und nach außen glaubwürdige politische Konzepte vertreten können? Wie lautet unsere sozialdemokratische Vision des 21. Jahrhunderts für die Menschen in unserem Land? Wie ist unser Bild vom Menschen oder wie sollte es ein, damit wir auch in Zukunft unsere Politik legitimieren können?

➔ Diskussionsveranstaltung über „Das Menschenbild in der SPD“ mit Wolfgang Thierse (MdB), 25. Januar 2011 um 19.30 Uhr, O-Ton-Theater, Kulmer Straße 20 a, Berlin-Schöneberg

Charlottenburg-Wilmersdorf:

Kiezgespräch mit Ulrich Nußbaum

Zur Diskussion mit Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum lädt die Charlottenburger SPD-Abgeordnete und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Ulker Radziwill am 17. Januar. Im Mittelpunkt steht das Thema „Berlins Finanzen – neue Schulden oder Konsolidierung?“

Unter anderem soll darüber gesprochen werden, welche Ursachen zur Haushalts-sperre im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf führten, ob Berlin trotz der globalen Finanzkrise weiterhin handlungsfähig bleibt und ob es genügend finanzielle Spielräume für Zukunftsinvestitionen gibt. **BS □**

➔ Montag, 17. Januar 2011, 19.00–21.00 Uhr, Mensa der Nehring-Grundschule, Nehringstraße 8–10, 14059 Berlin

Bundeswehr-Einsatz:

Afghanistan - Land am Tropf

Karl-Heinz Niedermeyer zur Abzugsdebatte

Wie ein dunkler Schatten verfolgt das Thema Afghanistan die SPD seit dem desaströsen Vorfall von Kundus im September 2009, wo amerikanische Bomber auf Anforderung des deutschen Oberst Klein zwei von den Taliban entführte Tankwagen bombardierten und den Tod von über 100 afghanischen Zivilisten verursachten. Seitdem ist - wie die inzwischen zurückgetretene EKD-Vorsitzende Margot Käßmann in ihrer Neujahrspredigt 2010 formulierte „nichts mehr gut in Afghanistan“. Die Akzeptanz des Einsatzes in der Bevölkerung sank im abgelaufenen Jahr 2010 rapide. Etwa 70 % der jeweils Befragten lehnen den Einsatz ab und befürworten mehr oder weniger einen sofortigen Rückzug der Bundeswehr.

DIE AFGHANISTAN-FRAGE
IN DER SPD 2010

Auch an der SPD-Basis verstärken sich die Forderungen nach einem schnellst möglichen Rückzug, wengleich die Mehrheit der Antragsteller betont, dass die Ergebnisse des bisherigen Wiederaufbaus nicht in Frage gestellt werden dürfen. So gibt es auch nur sehr wenige politische Initiativen in der SPD, die sich für einen sofortigen und bedingungslosen Abzug der Bundeswehr ohne Rücksicht auf die Folgen für Afghanistan aussprechen, so den Beschluss des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern, den Ministerpräsident Erwin Sellering in dieser Form auch auf der letzten Afghanistan-Konferenz der SPD im Willy-Brandt-Haus am 14. Dezember 2010 vertreten hat.

AFGHANISTAN-KONFERENZ

Im Ganzen brachte diese Konferenz das erwartete Ergebnis: Die SPD hält - auch mit Unterstützung der Parteilinken - an ihrer Ende des letzten Jahres von Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel vorgegebenen Generallinie zu Afghanistan fest: Verantwortungsvolle Fortführung des Einsatzes unter Bedingungen, welche Konsequenzen aus bisherigen Fehlentwicklungen ziehen und dem zunehmenden Unmut in der Bevölkerung Rechnung tragen. Das heißt im Einzelnen:

○ Forderung nach einer unabhängigen Evaluierung des Einsatzes, um den von der SPD zu Beginn des letzten Jahres initiierten und durchgesetzten Strategiewechsel kontrollierbar zu einem nachhaltigen Erfolg zu führen



Karl-Heinz Niedermeyer ist Vorsitzender des Fachausschusses für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der SPD Berlin. Foto: Horb

○ Keine neuen Kampftruppen, Begrenzung der Truppenstärke auf die Obergrenze 5000, Auflösung der bisher nicht benötigten Reserve von 350 Personen als ersten Schritt eines planmäßigen Truppenabzugs

○ Beginn des deutschen Truppenabzugs im Jahre 2011 im Gleichschritt mit dem von Präsident Obama für Mitte 2011 angekündigten Beginn des Abzugs der US-Truppen.

Die übrigen Forderungen des neuen für die Afghanistan-Konferenz im Willy-Brandt-Haus erstellten Gabriel-Steinmeier-Papiers bieten kaum Ansatzpunkte für eine Profilierung der SPD gegenüber der schwarzgelben Koalition. Der Zeitplan für die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung und die Zielgrößen für den Aufbau der afghanischen Armee und Polizei, die Einforderung effektiver Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung von der afghanischen Regierung, die Einbindung der Nachbarstaaten Pakistan, Indien, Russland, China, Iran in eine politische Konfliktlösung und die langfristige Unterstützung des Landes auch nach Abzug der ISAF-Truppen sind im Grundsatz unstrittig.

DIE SPD - WIE IMMER
ZWISCHEN DEN STÜHLEN

Einsatzbefürworter verbreiteten Schockbilder, die mit misshandelten, ermordeten und verstümmelten Frauen die Feststellung illustrieren, „was passiert, wenn wir Afghanistan verlassen“. Verteidigungsminister zu Guttenberg reduziert die Frage der Sinnhaftigkeit des Einsatzes der deutschen Soldat/Innen - unterstützt vom Human-Touch-Appeal seiner blonden Gattin - auf des menschliche Drama der Helden, die ihr Leben für unsere Sicherheit aufs Spiel setzen und setzt auf bewegende Trauer-

gottesdienste und neue Kriegsauszeichnungen.

Mit Extrembildern wirbt auch die Linke im Bundestag, indem sie die Porträts der zivilen Opfer von Kundus im Plenum präsentiert und mit dem provozierten Ausschluss von der Debatte eine sachliche Debatte in der Öffentlichkeit über das Für und Wider des Bundeswehrmandats verhindert.

ABWÄGENDE HALTUNG
DER SPD

Mit ihrer abwägenden, an der langfristigen Verantwortung für das eigene Land und an Gegenwart und Zukunft des afghanischen Staatswesens und der Menschen in Afghanistan orientierten Haltung wird die SPD in den Medien und in der Problemwahrnehmung der Bevölkerung auch diesmal nicht durchdringen. Sie fängt weder die Ängste der Menschen auf, wie dies Margot Käßmann so exemplarisch vermochte, noch bietet sie ein emotionales Auffangnetz für die Hinnahme des angeblich Unausweichlichen.

Die SPD hat dieses Mal ja auch noch weniger in die Verhandlungsmasse über die Fortsetzung des Mandats einzubringen als im Januar 2010.

Der „Fortschrittsbericht Afghanistan“ der Bundesregierung, verfasst unter der Regie des früheren Sicherheitsberaters von Gerhard Schröder und derzeitigen Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Michael Steiner, trägt der SPD-Forderung nach einer ehrlichen und schonungslosen Bilanz des bisherigen ISAF-Einsatzes in wünschenswerter Weise Rechnung.

Die SPD-Führung nimmt weiterhin in dem Gabriel-Steinmeier-Papier für sich in Anspruch, dass es ihr im Jahre 2010 gelungen ist, nicht nur die Bundesregierung, sondern die gesamte Gemeinschaft der Truppensteller von einem Strategiewechsel für Afghanistan zu überzeugen und dass diese neue Strategie bis auf einige verbleibende Defizite auch umgesetzt worden ist. Dies betrifft vor allem die Aufstockung der Mittel und Anstrengungen für den zivilen Wiederaufbau, die enorme Ausweitung der Polizeiausbildung und die Festlegung auf einen Abzugszeitraum.

DAS DILEMMA IN DER
ENTSCHEIDUNG ÜBER DAS NEUE
ISAF-MANDAT

Die Konsequenzen, die man aus einer vergleichenden Lektüre beider Papiere zie-

Fortsetzung von Seite 8

hen muss, sind aber für die SPD und die Chancen einer erfolgreichen Vermittlung ihrer Position alles andere als erfreulich:

1. Die Lage in Afghanistan hat sich seit dem letzten Jahreswechsel trotz oder möglicherweise - wie dies in beiden Papieren angedeutet wird - gerade wegen der relativ konsequenten Anwendung der von der SPD wesentlich inspirierten neuen Strategie massiv verschlechtert, vor allem in den Bereichen Sicherheit, Aufbau staatlicher Institutionen und Legitimität von Regierung und Verwaltung, ebenso in den Bereichen Korruption, Drogenbekämpfung und Versöhnung zwischen den Bürgerkriegsparteien.

2. Fortschritte wurden erzielt beim Ausbau der Infrastruktur, der Steigerung der Wirtschaftsleistung und der Staatseinnahmen, teilweise im Gesundheitswesen, bei der Bildungsbeteiligung vor allem von Frauen und Mädchen, zahlenmäßig beim Aufbau der afghanischen Armee und Polizei.

3. Im Januar 2010 war die Zustimmung für das neue ISAF-Mandat für die Mehrheit der SPD-Bundestagfraktion alternativlos, weil die Regierung - wie oben dargestellt - die SPD-Forderungen fast vollständig übernommen hatte.

NEUE „ZUSTIMMUNGSFALLE“

Für die neue Entscheidung im Bundestag

befindet sich die SPD in einer ganz anderen „Zustimmungsfalle“. Sie sieht sich genötigt, zuzustimmen, weil sich die Lage gerade mit und durch die Anwendung des neuen Mandats im Sinne der SPD-Vorstellungen so massiv verschlechtert hat, dass ein kurzfristiger Truppenabzug mit katastrophalen Folgen für die Menschen in Afghanistan, vor allem diejenigen, welche den modernen Sektor repräsentieren und die westliche Intervention für sich genutzt haben und einem weitgehenden Zusammenbruch der bisherigen Aufbauergebnisse verbunden wäre.

Die „neue Strategie“, an deren bloßer Existenz viele Beobachter lange Zeit gezweifelt haben, kann damit noch nicht als gescheitert angesehen werden. Sie hat aber in jedem Fall nicht in der vorgegebenen Zeit, vor allem im Hinblick auf die in dem „Entscheidungsjahr 2010“ zu erreichenden Teilziele die Ergebnisse gebracht, welche als Voraussetzung für eine Beendigung des Militäreinsatzes in dem vorgegebenen Zeitraum definiert wurden. Es wurden noch nicht einmal die Bedingungen für einen „Gesicht wahrenden“ Abzug geschaffen.

Die SPD hat daher schlechte Karten, in der Debatte um das neue Mandat die zur Profilierung einer eigenen Position bestimmten Forderungen wirksam ins Spiel zu bringen und zum Kriterium für die eigene Zustimmung zu machen: den Beginn des Abzugs des deutschen Kontingents

Mitte 2011 und den Verzicht auf die Reserve von 350 Soldat/Innen und damit den sofortigen Einstieg in eine Reduzierung des militärischen Engagements.

DEBATTE UM ABZUGSTERMINE

Eine Ablehnung des neuen Mandats wegen des Datums des Abzugsbeginns erscheint mir vergleichbar schwer umsetzbar. Gegenüber den Ängsten und dem Unmut in der Bevölkerung ist das Versprechen eines Abzugs, der im Jahre 2011 mit einem kleinen Bruchteil der deutschen Truppenzahl beginnt, sich aber bis in das Jahr 2015 hinzieht, viel zu wenig. Da wirkt sicher die Position des Verteidigungsministers überzeugender, der feststellt, der Abzugsbeginn müsse sich nach der Lage und nicht nach optimistischen Erwartungen richten.

Auch das taktische Spiel mit den Differenzen im Hinblick auf den Abzugstermin in der Regierungskoalition ist wenig Erfolg versprechend. Was kann man noch gewinnen, wenn man sich mit dem gleichermaßen wankenden wie wankelmütigen FDP-Vorsitzenden solidarisiert, der im Gegensatz zu Guttenberg für einen Abzugsbeginn im Dezember 2011 plädiert?

**DAS WIRKLICHE
ABZUGSDILEMMA**

Inzwischen ist es durch die Äußerungen
Fortsetzung Seite 10

Der Parteivorstand der SPD hat im Rahmen der SPD-Jahresauftaktklauseur in Potsdam einen umfangreichen Beschluss zum Afghanistan-Einsatz gefasst. Die BERLINER STIMME dokumentiert Auszüge aus den für notwendig erachteten nächsten Schritten:

Die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte muss weiter vorangetrieben werden. Mit Blick auf die bereits erreichten Größenordnungen bei ANA und ANP und mit Blick auf das Ziel, in wenigen Wochen mit der Übergabe der Sicherheitsverantwortung zu beginnen, sollte der Fokus noch stärker als bislang auf die Qualität der Ausbildung und Ausstattung gelegt werden.

Der zivile Wiederaufbau muss mit großer Intensität fortgesetzt werden. Der Fokus muss dabei noch intensiver auf die Entwicklung der ländlichen Räume und der Landwirtschaft, auf die Unterstützung der afghanischen Regierung beim Aufbau einer effizienten Verwaltung sowie den Ausbau der Infrastruktur und des Bildungs- und Gesundheitssektors gelegt werden. Die afghanische Regierung sollte im Interesse einer selbststra-

**Wie weiter in Afghanistan?
Aus dem Beschluss des
SPD-Parteivorstandes**

genden wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere auch bei der Erschließung des Reichtums an Bodenschätzen unterstützt werden.

Voraussetzung für einen effizienten und immer stärker afghanisch geführten zivilen Wiederaufbau sowie für mehr Qualität und Verlässlichkeit innerhalb der afghanischen Sicherheitskräfte ist ein konsequentes Vorgehen gegen die noch immer grassierende Korruption im Lande. (...)

Der Prozess der innerafghanischen Aussöhnung verdient weiter jede Unterstützung. Die Aussöhnung ist in erster Linie eine innerafghanische Angelegenheit. Die internationale Gemeinschaft muss gleichwohl weiterhin darauf drängen, dass ausstiegswillige Aufständische der Gewalt abschwören, keine Verbindungen mit Al Qaida oder anderen gewaltbereiten Gruppen unterhalten und die Grundsätze der afghanischen Verfassung anerkennen. Der innere Frieden in Afghanistan darf nicht auf

Kosten der Menschenrechte, insbesondere nicht auf Kosten der gegen viele Widerstände wiedererlangten Rechte der Frauen errungen werden.

Die Bemühungen um eine regionale Stabilisierung der Lage müssen endlich wieder verstärkt werden. (...)

Der Prozess der Übergabe der Sicherheitsverantwortung muss mit einem straffen Zeitplan unterlegt und konsequent umgesetzt werden. Die Ankündigung der NATO, bereits Anfang 2011 zu beginnen, steht und darf nicht in Frage gestellt werden. Die aktuelle Lage sollte es erlauben, auch in der Nordregion erste Distrikte schon Anfang 2011 an die Afghanen zu übergeben.

Mit fortschreitender Übergabe der Sicherheitsverantwortung muss auch der Rückzug der internationalen Truppen eingeleitet werden. (...)

Afghanistan braucht Gewissheit, dass mit dem Ende der internationalen Kampfeinsätze nicht auch das internationale Engagement in Afghanistan endet. Die beim NATO-Gipfel getroffene Vereinbarung über ein längerfristiges Engagement der Allianz jenseits der Beteiligung an ISAF ist ein wichtiges Element (...). □

Fortsetzung von Seite 9

des Bundeswehrvertreters und des stellv. Fraktionsvorsitzenden Gernot Erler amtlich, was ich in meinem letzten Afghanistan-Artikel als Verdacht und Prognose in den Raum gestellt habe: Es geht in Afghanistan wie in der jetzt von Obama offiziell für beendet erklärten Militärintervention im Irak nicht um einen vollständigen Rückzug der Interventionstruppen, sondern um einen Teilabzug.

Es gehen die so genannten Kampftruppen, es bleiben die Armee- und Polizeiausbilder, Geheimdienstkräfte und umfangreiches Botschaftspersonal um eine dauerhafte Präsenz der USA in den beiden strategisch wichtigen Ländern Irak und Afghanistan sicher zu stellen.

Grundlage dieser Präsenz ist eine territoriale und/oder institutionelle Machtteilung zwischen einer Regierung, die loyal zu den bisherigen Interventionsmächten, vor allem den USA steht und den „Insurgenten“, „Aufständischen“, in Afghanistan also eine Machtteilung mit den Taliban.

Allerdings ist der sich im Irak schon deutlich abzeichnende Endzustand eines modellhaften Einsatzes im „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan noch nicht erreicht. Erst muss der Hauptgegner, die Taliban noch hinreichend geschwächt werden, um die Bereitschaft zu entwickeln, die Macht, die ihm derzeit bei einem kurzfristigen Rückzug der ISAF-Truppen mit ziemlicher Sicherheit in den Schoß fallen würde, mit US-freundlichen Kräften bzw. mit den USA selbst zu teilen.

Ob die trotz der guten SPD-Ideen weiter von den USA dominierte Afghanistan-Strategie wenigstens in dem Sinne aufgeht, wie die US-Strategie im Irak funktionierte, ist noch offen.

„TEILE UND HERRSCHE!“

Ein totales Scheitern der Politik des „Teile und herrsche!“ ist aber unwahrscheinlich. Aufstandsbekämpfung und Wiederaufbau werden - wie der zitierte Fortschrittsbericht zeigt - auch in Zukunft begrenzte Erfolge bringen.

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird keines der denkbaren Verlaufsszenarien zu einem Afghanistan führen, das nicht nur seine „Sicherheitsverantwortung“, sondern auch seine Interessen selbst wahrnimmt und in dem die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung von einer Regierung aufgenommen und umgesetzt werden, welche das Vertrauen und die Loyalität dieser Bevölkerungsmehrheit genießt, einer Regierung, welche ausländische Unterstützung dafür sucht, um das Land zu entwickeln und den Menschen ein besseres und selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen und nicht um im Zweifelsfall ihre Macht und die mit ihr verbundenen Privi-



Materiallager in Afghanistan.

legien auch gegen wesentliche Teile der Menschen zu behaupten, zu deren Vertretung sie berufen ist.

Das Dilemma der derzeitigen Abzugsdebatte besteht aber auch darin, dass eine solche rechenschaftsfähige und im Sinne der Vertretung der Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit unabhängig von Wahlverfahren und politischen Vertretungssystemen repräsentative Regierung weder bei der Fortführung des Militäreinsatzes unter den gegebenen Rahmenbedingungen noch bei einem kurzfristigen vollständigen Rückzug der ISAF-Truppen eine Chance auf Verwirklichung hätte.

Wie schlecht die Mission aber auch weiterhin verlaufen sollte: Ein vollständiger militärischer Rückzug der ISAF-Staaten und vor allem der USA bleibt aus sehr einsichtigen Gründen ausgeschlossen. Es ist zwar denkbar, mit Hilfe der ISAF-Staaten in den nächsten 5 Jahren einen Aufwuchs der afghanischen Armee und Polizei zu erreichen, der eine formale Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung ermöglicht. Der afghanische Staat wird aber Sicherheitskräfte in dem von den Konferenzen von London und Kabul vereinbarten Umfang niemals bezahlen können. Der afghanische Staatshaushalt hat sich zwar während der Zeit der ISAF-Mission ausgehend von einem außerordentlich niedrigen Niveau etwa verzehnfacht, die eigenen Staatseinnahmen liegen aber noch für 2009 nur wenig höher als die Gesamtausgaben Deutschlands für das Bundeswehrkontingent und den zivilen Wiederaufbau.

WIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGE FEHLT

Trotz relativ hoher Wachstumsraten, die aber nur zu einem geringen Teil Verbesserungen in der Landwirtschaft und einer stärkeren Ausbeutung von Bodenschätzen, sondern zum Großteil den im Zuge der ISAF-Mission ins Land geschleusten Ressourcen geschuldet sind, fehlt Afghanistan jede wirtschaftliche Grundlage. Die Zahlen

der Handelsbilanz von 2009 illustrieren diesen Tatbestand: Exporte 400 Mio. \$, Importe 3,336 Mrd. \$!

Das Übermaß an Korruption ist auch dadurch bedingt, dass Regierung und Verwaltungsorgane von der Zahl und Qualifikation ihres Personals gar nicht in der Lage sind, die zivile Hilfe der 60 Unterstützungsstaaten sinnvoll umzusetzen, zumal die besten Köpfe auch noch von den Provincial Reconstruction Teams der Truppensteller abgeworben werden, die in den von ihnen kontrollierten Gebieten Wiederaufbau auf eigene Faust und ohne hinreichende Abstimmung mit der afghanischen Regierung betreiben.

Da die afghanische Regierung nicht in der Lage ist, die durch diese Verhältnisse strukturell unvermeidliche Korruption hinreichend zu bekämpfen und außerdem bei allen bisherigen Wahlen mit dem Versuch gescheitert ist, sich bei der Bevölkerung eine hinreichende Akzeptanz und Loyalität zu verschaffen, werden ihr konsequenter Weise auch jene 50 Prozent der von den ISAF-Staaten zugesagten Hilfsgelder verweigert, über die sie bei einer befriedigenden Performance selbst hätte verfügen können.

Afghanistan, vor allem der Teil der Bevölkerung, der sich nicht in traditionellen Denk- und Lebensformen eingerichtet hat, hängt also vollständig am Tropf des Westens. Die ISAF-Staaten sind sich einig, dass sie das Land nicht ein zweites Mal wie nach dem Zusammenbruch der sowjetischen Intervention in den Jahren 1989 - 1992 sich selbst überlassen dürfen.

Aber gibt es eine zivile Option des langfristigen Wiederaufbaus ohne ein langfristiges militärisches Engagement, das verhindert, dass sowohl die mit westlichem Geld aufgestellten und unterhaltenen Armee- und Polizeieinheiten wie die mit westlicher Hilfe geschaffene neue Infrastruktur unter die Kontrolle politischer Kräfte geraten, welche das Land und seine Menschen in eine Richtung führen, die auch den Minimalzielen der westlichen Intervention Hohn spricht?

Andererseits- und auch das wäre eine logische Schlussfolgerung aus dem „Fortschrittsbericht“ der Bundesregierung: Wird die weitere Anwesenheit ausländischer Truppen, auch wenn sie nicht als sichtbare „Kampftruppen“ auf den Straßen patrouillieren, nicht genau jenes Desaster herbeiführen, das man mit einem reduzierten und verschleierte militärischen Engagement verhindern will?

Muss nicht endlich einmal ein Stopp- und Umkehrsignal gesetzt werden, um der fatalen Logik des bisherigen Einsatzes zu enttrinnen? Reicht dafür die parlamentarische Auseinandersetzung über den Abzugsbeginn für die „Kampftruppen“?

Karl-Heinz Niedermeyer □

Lötzsch auf Abwegen

Anmerkungen zu einer obskuren Geschichtsbetrachtung

In den vergangenen Tagen wurde die Co-Vorsitzende der Partei Die Linke in der Öffentlichkeit heftig dafür kritisiert, in einem Artikel für die Tageszeitung Junge Welt über „Wege zum Kommunismus“ fabuliert zu haben. Bei der allgemeinen Aufregung und den Diskussionen, die vor allem zwischen Linksextremen und rechten Antikommunisten geführt werden, fielen jedoch zahlreiche Anmerkungen von Lötzsch unter den Tisch.

Frau Lötzsch verfiert in ihrem Beitrag nämlich eine obskure Geschichtsinterpretation, die in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten zum Standardrepertoire linker Verschwörungstheoretiker gehört und Erkenntnisse der Geschichtsschreibung geflissentlich ignoriert. „Die Novemberrevolution von 1918 wurde“, so die Hobby-Historikerin Lötzsch, „verraten und halbiert in den Absprachen zwischen Mehrheitssozialdemokratie und der kaiserlichen Armee, bevor sie überhaupt ihr ganzes Potential entfalten konnte.“ Rosa Luxemburg und die Spartakisten hingegen hätten beabsichtigt, Kapitalismus und Militarismus zu überwinden, und zwar „vor allem durch das eigene demokratische Handeln der Arbeiter, des Volkes [...], durch Lernprozesse in der praktischen Veränderung. Es sollte weniger eine Politik für die Arbeiter als durch sie sein. Für mich steht linke Politik insge-



Lötzsch-Artikel in der „Jungen Welt“.

samt und die Politik der Partei Die Linke in dieser herausfordernden Tradition gesellschaftsverändernder, radikaler Realpolitik.“

Diese hehren Ziele aber habe, wir ahnen es, die „unheilige Allianz der rechten sozialdemokratischen Führer mit den Stützen des Kaiserreichs, mit den Hauptschuldigen von Krieg und Völkermord“ verhindert. Kein Wort davon, dass sich Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und die Spartakisten, wenn auch zunächst zögerlich, dem sogenannten Spartakusaufstand gegen die legitime Regierung anschlossen.

Wobei Rosa Luxemburg, die verklärte Ikone des deutschen Linksextremismus, schon Ende 1918 unverblümt erklärt hatte: „Bürgerkrieg ist nur ein anderer Name für Klassenkampf, und der Gedanke, den Sozialismus ohne Klassenkampf durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluss ein-

führen zu können, ist eine lächerliche kleinbürgerliche Illusion.“ So musste sie es wohl sehen, gab es doch nicht einmal bei den Arbeiter- und Soldatenräten eine Mehrheit für ein Räteystem, welches ihr vorschwebte.

Man sieht, Luxemburg hatte für die Demokratie wenig übrig, taugt sicher nicht als Vorbild in einer demokratischen Gesellschaft. Für Lötzsch und die Linkspartei aber offenbar schon. In dieser Verklärung der deutschen Geschichte zeigt sich das ganze Dilemma der Linkspartei: Ein zwiespältiges Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und demokratischen Verfahren, eine fehlende Abgrenzung zu linkstotalitären Kreisen und Denkweisen und nicht zuletzt die infame Behauptung, die Sozialdemokratie habe eine undemokratische, militaristische und verräterische Geschichte. So lange Die Linke sich selbst aus dem demokratischen Konsens deutscher Politik und Historiographie ausschließt, und Konsens unter Demokraten ist eben kein Nonsense, können wir diese Partei nicht als Koalitionspartner akzeptieren.

Der Berliner Landesverband der Linkspartei wäre aufgefordert, sich zu den antidemokratischen Thesen seiner Bundesvorsitzenden zu äußern, und nicht nur wie Klaus Lederer davon auszugehen, dass Gesine Lötzsch Die Linke schon nicht in eine kommunistische Partei umwandeln wolle. Wer für die Demokratie der Vergangenheit nur Verachtung übrig hat, wird diese in der Zukunft kaum gestalten und verteidigen wollen. **Tobias Kühne, Bildungsbeauftragter der Abteilung 7, Schöneberg** □

Nicht kürzen - umverteilen!

Robert Drewnicki zur Debatte um das Kindergeld

Natürlich ist eine der großen gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten, dass der Millionär genauso viel Kindergeld bekommt wie die Verkäuferin. Das verfassungsrechtliche Gleichheitsgebot macht dies notwendig. Bei Hartz IV-Empfängern wird das Kindergeld im Gegensatz zu Millionären aber voll angerechnet, weshalb Hartz IV-Empfänger von der letzten Kindergelderhöhung keinen einzigen Cent sahen.

Dennoch blendet die in unseren Reihen sehr beliebte Diskussion, Kindergeld zu kürzen, zu halbieren oder welchen Satz man auch immer ansetzt, um damit Bildung zu finanzieren, zweierlei aus.

Erstens: Für viele Familien, die am unteren Einkommensrand leben, ist das Kindergeld überlebensnotwendig, um nicht in Armut zu verfallen bzw. um ihren Kindern neben Kleidung und Essen auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben oder eben auch eine bessere Bildung zu ermöglichen. 30 Euro pro Kind (wie jetzt als Kürzung in

der SPD flügelübergreifend vorgeschlagen) können in Familien mit niedrigem Einkommen eine ganze Menge Geld sein und auch über die Mitgliedschaft im Sportverein oder den dringend benötigten Förderunterricht entscheiden. Das sollten Sozialdemokraten bedenken, wenn sie die Reduzierung des Kindergeldes für die Bildungspolitik verlangen. Der ewige Vorwurf, das Geld würde sinnlos versickern, entbehrt zumindest bei all den Familien der Grundlage, die sich bei Kürzungen auch um die zu Recht kritisierten Bildungsgutscheine bemühen müssten - was natürlich nicht vorgesehen ist. Bei Gutverdienern und Millionären hingegen eher nicht.

Zweitens: Grundsätzlicher müsste man sich auch die Frage stellen, warum letztendlich die Familien durch finanzielle Einbußen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe - nämlich die Zukunftsfähigkeit - finanzieren sollen. Bessere Bildung, vor allem vorschulische, ist extrem wichtig für Chancengleichheit. Ein sozialdemokrati-

sches Finanzierungskonzept hierfür sollte aber der Logik der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und damit auch der Umverteilung von oben nach unten und nicht dem in Familien schon lange gewohnten Gedanken folgen: wir nehmen bei denen, die keine Wahl und keine Lobby haben.

Kinder kosten Geld, viel Geld. Das ist nicht durch Steuervorteile ausgewogen. Menschen entscheiden sich in der Regel nicht, wie mittlerweile gerne unterstellt, wegen des Kindergeldes, der Steuererleichterung oder der Sozialtransfers für Kinder. Sie tun das bewusst aus Liebe zum Kind, obwohl die Gesellschaft und das Berufsleben immer noch kinderfeindlich sind und ihr Armutsrisiko dadurch erwiesenermaßen steigt. Das Kindergeld bietet - leider nicht sozial ausgewogen - ein wenig finanzielle Unterstützung durch die Gesellschaft. Das ist auch ein Stück Anerkennung, Anerkennung für eine gesamtgesellschaftliche Zukunftssicherung durch Eltern. **Robert Drewnicki** □

Krise durch Gier

John Kenneth Galbraith hat „eine kurze Geschichte der Spekulation“ vorgelegt

Finanzgenie ist man nur bis zum Bankrott, schreibt Galbraith. Finanzgeschäfte eignen sich nicht für Innovationen. In Spekulationsphasen herrscht aber die fixe Idee, dass es etwas ganz Neues auf der Welt gäbe. Das finanzielle Kurzzeitgedächtnis begünstigt für Galbraith den beständigen Rückfall in den finanziellen Schwachsinn. Die Worte sind von Galbraith, nicht von mir.

Es ist unschwer zu erkennen, dass Galbraith, wiewohl in Berkeley, Princeton und letztendlich trotz Engagements für Roosevelts New Deal doch in Harvard wirtschaftswissenschaftlich tätig, sich vom Mainstream einer Volkswirtschaftslehre unterscheidet, welche Volkswirtschaft nicht analysiert, sondern apologetisch begleitet.

Er flüchtet auch nicht vor der geschichtlichen Erfahrung in scheinbar präzise mathematische Modelle, sondern beschreibt vom Tulpenschwundel 1636/37 über John Laws Mississippigesellschaft, Robert Har-

John Kenneth Galbraith: *Kurze Geschichte der Spekulation*, Frankfurt am Main. Eichborn Verlag 2010, 122 S. 14,95 Euro, ISBN 978-3-8218-6511-9



leys Südseeesellschaft, amerikanische Usancen bis zum Schwarzen Freitag 1929 bis zum Junkbondschwundel der achtziger Jahre klassische und moderne Spekulationsängste.

Galbraith stellt im Ergebnis fest, daß Spekulationswellen und auch deren Zusammenbruch seit Jahrhunderten dem Markt immanent sind, auch wenn dessen

Apologeten verzweifelt immer wieder äußere Einflüsse für ursächlich befinden. Hoffnung macht er nicht wirklich: „Aus praktischen Gründen sollte man unterstellen, dass das Gedächtnis in Finanzdingen höchstens zwanzig Jahre zurückreicht. Das ist normalerweise der Zeitraum, der notwendig ist, die Erinnerung an eine Katastrophe zu tilgen und irgendeiner Abart des alten Schwachsinn die Chance einzuräumen, erneut den ökonomischen Verstand zu übertölpeln.“ Das wahrscheinlich besonders zu betonende Wort ist hier wohl nicht „zwanzig“, sondern „höchstens“.

Krise entsteht durch Gier, dumme Gier, euphorische dumme Gier im Markt. Immer wieder. Die Dummen „werden früher oder später von ihrem Geld befreit“. Galbraith rät zu erhöhter Skepsis bei allzu offenkundigem Optimismus in Finanzdingen.

Es ist ein verständliches kleines Buch, geschrieben von einem unabhängigen klugen Kopf. Liest sich auch noch in einem Rutsch weg.

Dr. Hans Willi Weitzen □

Bildung: Ware oder öffentliches Gut?

Weg von der Ökonomisierung: Gesine Schwan fordert ein radikales Umdenken in der Bildungspolitik

„Bildung: Ware oder öffentliches Gut?“ - die Frage, die der Titel der jüngsten Veröffentlichung aus dem vorwärts-Buchverlag stellt, könnte in der Sozialdemokratie eigentlich rasch beantwortet sein: Öffentliches Gut. Aber die Wirklichkeit ist komplizierter: Gesine Schwan stellt in ihrem Aufsatz dar, wie Bildung über die Jahre immer mehr zur Ware wurde. Um wieder ein öffentliches Gut daraus zu machen, bedarf es deutlicher Veränderungen.

In einem kurzen historischen Abriss erläutert die Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance Ursprünge und Entwicklung sozialdemokratischer Bildungspolitik. Sozialer Aufstieg war in der Anfangszeit der Arbeiterbewegung ein wesentliches Motiv, um sich bürgerliche Bildung und Kultur anzueignen. Das nach 1945 in den westlichen Bundesländern wieder eingeführte dreigliedrige Schulsystem führte dagegen zur Auslese nach sozialer Herkunft. Erst in den sechziger Jahren setzte eine Demokratisierung der Bildungseinrichtungen ein, mit der - allerdings rasch diskreditierten - Gesamtschule gab es mehr Durchlässigkeit. In Gesine Schwans Kurzfassung liest sich das so: „Während Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie in ihrer Entstehung im 19. Jahrhundert wie selbstverständlich geistige Of-

Bildung: Ware oder öffentliches Gut?

Gesine Schwan

96 Seiten
Broschur, 12 x 18 cm
ISBN 978-3-86602-799-2
Preis 10.00 EUR



fenheit, Fortschritt und Avantgarde repräsentierten, gerieten sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts insbesondere in der Bildungspolitik in den Augen vieler in eine ‚staatlich-autoritäre‘ Ecke, in der Vielfalt, Fantasie, Individualität und Experimentiergeist zugunsten bürokratischer Sturheit verloren gingen.“

Der Versuch der Sozialdemokratie, Bildungspolitik über eine Reform der Institutionen zu betreiben, geriet in den siebziger Jahren in Konkurrenz zu eher individualistischen Ansätzen der neuen grünen Partei. „Vor allem aber unterminierten insgesamt die gravierende chronische Unterfinanzierung der Bildung und die zunehmende Diskreditierung des Staates als deren Träger weitgehend die Ziele sozialdemokratischer Bildungspolitik bis zum Ende dieser Epoche“, so das Fazit der Autorin.

Exemplarisch an der ihr besonders ver-

trauten Hochschulpolitik beschreibt Gesine Schwan die Folgen der Unterfinanzierung, die Orientierung der Bildung an den Anforderungen der Wirtschaft, die Eliteförderung und die zunehmende Zahl von Rankings.. Es ist eine differenzierte Sicht. So sieht sie auch Positives in der von Studenten heftig kritisierten europäischen Reform der Hochschulen: „Der Bologna-Prozess kann gelingen, wenn wir ihn von der Ökonomisierung und dem manischen Konkurrenzdenken befreien.“

Gesine Schwan beschreibt den Zusammenhang von Bildung und Gesellschaftsentwicklung, sie setzt sich für ein radikales Umdenken in der Bildungspolitik ein. Sie will weg von der Ökonomisierung der Bildung, weg von Eliten und Konkurrenzdenken. Bildung, Wissenschaft und Forschung - sie brauchen die Anregung, das Miteinander, das Entdecken. All das ist im derzeitigen System, das auch von Sozialdemokraten mit befördert wurde, nicht vorgesehen.

Gesine Schwans Aufsatz ist ein Plädoyer für die Freiheit der Lernenden und für die Anerkennung ihrer individuellen Leistung. Und er ist ein engagierter Beitrag zur Stärkung öffentlicher Güter - was nicht unbedingt mehr Staat bedeuten muss, sondern auch mehr Genossenschaft sein kann. Auf jeden Fall aber weniger Privatisierung im Bildungsbereich.

Ulrich Horb □

Rosa Luxemburg:

Bleibende Wirkung

Konferenzband der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft

Die Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft mit ihrem Vorsitzenden Prof. Dr. Narihiko Ito (Japan) blickt auf ein 30jähriges Bestehen zurück und legt erneut einen Konferenzband mit 22 lesenswerten, häufig stark erweiterten Referatstexten von WissenschaftlerInnen aus Brasilien, USA, China, Japan, Indien, Russland, Polen, Türkei, Österreich, Schweiz, England und Deutschland vor.

Von besonderem aktuellem Interesse dürften die Aufsätze sein, die den national-ökonomischen Aspekt in Rosa Luxemburgs Werk untersuchen. So bietet Michael R. Krätke (Lancaster, England) eine ausführliche Studie über Rosa Luxemburgs Denkanstöße auf diesem Gebiet mit Bezug auf den gegenwärtigen Kapitalismus. Der Beitrag von Fritz Weber (Wien) über China und Japan in der klassischen Imperialismus-Theorie von Schumpeter, Hobson, Hilferding, Bucharin, Luxemburg und Lenin bietet viele auf die Gegenwart bezogene Aufschlüsse. Interessant sind auch die Überlegungen von He Ping (Wuhan, China) über Luxemburgs „Die Akkumulation des Kapitals“ und die frühe und gegenwärtige Entwicklung in China.

In biographischen Beiträgen steuern so renommierte Historiker/innen wie Annelies Laschitza (Berlin) und Feliks Tych (Warschau) neue Einzelheiten zur politischen Zusammenarbeit Rosa Luxemburgs mit Karl Liebknecht und Leo Jogiches bei, genauso wie die jungen Forscher Jean François Fayet (Genf) zu Karl Radek sowie Florian Wilde (Hamburg) zu Ernst Meyer.

Narihiko Ito, Annelies Laschitza, Ottokar Luban (Hg.): *Rosa Luxemburg. Ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Werkes. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Tokio, April 2007, und Berlin, Januar 2009, Karl Dietz Verlag Berlin 2010, ca. 190 S., Broschur, 16,90 Euro, ISBN 978-3-320-02233-4*



Auf besonderes Interesse dürften auch die detaillierten Informationen über die Rosa-Luxemburg-Forschung in China von Wang Xuedong (Beijing) stoßen bzw. von Isabel Loureiro (São Paulo) über die in Brasilien mit ihren Verbindungen zu aktuellen sozialen Bewegungen in diesem Land.

Im ideengeschichtlichen Bereich gibt es eine eingehende, tiefeschürfende Studie von Narihiko Ito (Tokio) über Rosa Luxemburgs Sozialismus, eine Betrachtung von Sobhanlal Datta Gupta (Indien) über Sozialismus und Hegemonie nach Luxemburg und Bucharin sowie eine Untersuchung von Dogan Göçmen (Türkei) über Luxemburg und Carl Schmitts Begriff des Politischen.

Der reichhaltige, anregende Band umfasst noch 10 weitere Beiträge. Ein Inhaltsverzeichnis ist auf der Website <http://www.internationale-rosa-luxemburg-gesellschaft.de> unter „Ankündigungen“ einzusehen. **OL** □

Vereintes Stadtparlament

In einer Feierstunde hat Parlamentspräsident Walter Momper am Dienstag an die konstituierende Sitzung des Gesamtberliner Abgeordnetenhauses vor 20 Jahren erinnert.

Am 11. Januar 1991 trat das aus den Wahlen am 2. Dezember 1990 hervorgegangene Abgeordnetenhaus von Berlin zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Konstituierung fand in der Nikolaikirche statt. Die schon bei der Wahl des ersten Berliner Stadtparlaments vor gut 200 Jahren eine wichtige Rolle spielte

Aufgrund der preußischen Städteordnung von 1808 wurde vom 18. bis 22. April 1809 erstmals eine Stadtverordnetenversammlung gewählt. Die Wahl fand in 22 Berliner Kirchen statt. 102 Stadtverordnete mussten von den Wahlberechtigten, etwa 6,9 % der gesamten Zivilbevölkerung der Stadt, bestimmt werden.

Die feierliche Amtseinführung der neuen Stadtbehörden und die Vereidigung der Magistratsmitglieder fand am 6. Juli 1809 statt. Vom berlinischen Rathaus, in dem sich alle Beteiligten versammelten und die bislang amtierenden Stadtbehörden mit vielen Reden verabschiedet hatten, zog der festliche Zug unter Glockengeläut und flankiert von der uniformierten Bürgergarde zur Nikolaikirche, wo ihn „eine zahlreiche Gemeinde aus den Spitzen der Einwohnerschaft“ erwartete. Als Termin für die konstituierende Sitzung des ersten Gesamtberliner Parlaments wurde der 11. Januar deshalb vorgeschlagen, weil sich 40 Jahre zuvor erstmals ein Abgeordnetenhaus von Berlin im Rathaus Schöneberg versammelt hatte. **PM** □

Den Frauen eine Stimme gegeben

Emma Ihrer legte den Grundstein für die proletarische Frauenbewegung

Mit einer Kranzniederlegung an der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde erinnerte die SPD am 8. Januar zum 100. Todestag von Emma Ihrer 2011 an die engagierte Vertreterin der Arbeiterinnenbewegung Deutschlands.

Emma Ihrer wurde am 3. Januar 1857 geboren und starb im Alter von nur 54 Jahren. Ihr politisches Engagement begann 1885 im „Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“, dem Emma Ihrer zusammen mit drei anderen Frauen vorstand. Zu den Forderungen des Vereins gehörte die Notwendigkeit eines Normalarbeitstages, die Einführung der Sonntagsruhe und das politische Stimmrecht für Frauen.

Emma Ihrer hatte während ihrer politischen Arbeit festgestellt, dass es einer Zeitung bedurfte, die den speziellen Fraueninteressen genügend Aufmerksamkeit widmete. Anfang 1891 erschien die erste Nummer der Zeitung „Arbeiterin“, deren Redaktion sie übernahm hatte. Hieraus entstand später die sozialdemokratische Zeitung „Die Gleichheit“, deren Redakteurin Clara Zetkin wurde. Gewerkschaftlich engagierte sich Emma Ihrer in der Organisation der Blumen-, Blätter- und Putzfederarbeiter und -arbeiterinnen und redigierte deren Verbandsorgan „Der Blumen-Arbeiter“.

Louise Zietz, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, trauerte um Emma Ihrer, eine der Pionierinnen der proletarischen Frauenbewegung, mit den Worten „Der besten eine

ist von uns gegangen“. Emma Ihrer scharte, so Louise Zietz „die Mühseligsten und Beladnensten, die Frauen, um das Banner des Sozialismus“. Nach Inkrafttreten des Vereinsgesetzes 1908 hat Emma Ihrer „zahlreiche Proletarierinnen der Partei zugeführt“. Sie half, die Grundsteine für die proletarische Frauenbewegung in Deutschland zu legen. Louise Zietz würdigte Emma Ihrer als kraftvolle, charakterfeste Persönlichkeit, die große Willensstärke mit persönlicher Liebenswürdigkeit verband.

Beigesetzt ist Emma Ihrer, die eine außerordentliche Bedeutung für die Partei- und Frauenbewegung wie für die proletarische Frauenbewegung hatte, in der heutigen Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde. **PM** □

Abgeordnete in turbulenten Zeiten

Reinhold Amonat und Ingeborg Renner sind verstorben

Mit Reinhold Amonat und Ingeborg Renner sind im Dezember zwei ehemalige Berliner SPD-Abgeordnete verstorben. Zwei für die SPD besonders schwierige Jahre lang - von 1979 bis 1981 - gehörten sie gemeinsam der SPD-Fraktion an. In diese Zeit fiel das Scheitern des Stobbe-Senats, die Wahl von Hans-Jochen Vogel zum Regierenden Bürgermeister und schließlich nach vorgezogenen Neuwahlen 1981 der Gang in die Opposition.

Ingeborg Renner wurde am 24. März 1930 in Berlin geboren, sie war Mutter von drei Kindern und wurde 1947 Mitglied der SPD. Von 1957 bis 1969 war sie Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Frauen (AGF). 1959 wurde sie Bürgerdeputierte in der BVV Wedding, von 1962 bis 1967 war sie Bezirksverordnete. Von 1967 bis 1981 vertrat sie den Weddinger Wahlkreis I im Berliner Abgeordnetenhaus, von 1985 bis 1992 gehörte sie erneut der BVV an. In der vergangenen Jahren engagierte sie sich vor allem für eine bessere Integration, u.a. als

stellvertretende Kreisvorsitzende der AG Migration. In ihrer Abteilung Schillerpark gehörte sie dem Vorstand in den zurückliegenden Jahren u.a. als Beisitzerin und Schriftführerin an, zuletzt als Seniorenbeauftragte. Ingeborg Renner starb am 24. Dezember 2010.

Reinhold Amonat wurde am 24. November 1926 in Berlin geboren, er hatte zwei Kinder. Seine Ausbildung zum Redakteur begann er noch im Ostteil der Stadt an der Journalisten-Fachhochschule der Humboldt-Universität. Von 1947 bis 1948 absolvierte er ein Volontariat beim Berliner Rundfunk, dem ein Volontariat und anschließende Tätigkeit als Redakteur beim Film-Fachverlag folgten. 1952 siedelte er in den Westteil der Stadt über. Er arbeitete als freier Mitarbeiter und kaufmännischer Angestellter, bis 1965 bis 1967 als Wirtschaftsredakteur. Es folgten fünf Jahre in der Öffentlichkeitsarbeit. 1972 wechselte er in den Öffentlichen Dienst und übernahm 1976 die Leitung der Pressestelle im Rathaus Kreuzberg.

Im März 1958 war Reinhold Amonat in die SPD eingetreten, von 1971 bis 1976 war er Abteilungsvorsitzender in Tempelhof, 1975 wurde er stellvertretender Kreisvorsitzender. Nach vier Jahren als Bezirksverordneter in Tempelhof wurde er 1979 ins Abgeordnetenhaus gewählt, dem er bis 1985 angehörte. Am 19. Dezember 2010 ist er verstorben. **BS □**

Ausbildung im Willy-Brandt-Haus

Beim Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Willy-Brandt-Haus sind ab dem 1. September 2011 drei Ausbildungsplätze zur Kauffrau / zum Kaufmann für Bürokommunikation zu besetzen. Erwartet werden u.a. ein guter mittlerer Schulabschluss, Freude an einer Tätigkeit im Sekretariat, Interesse an der Arbeit der SPD. Schriftliche Bewerbungen bitte bis zum 25. Februar 2011 an SPD-Parteivorstand, Frau Brigitte Grassl, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin. **BS □**

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E

- 15.01.2011, 18:00, August-Bebel-Institut, Filmvorführung „**Wir sitzen im Süden...**“ (s. S. 16)
- 17.01.2011, 19:00, Ülker Radziwil, MdB / Fachausschuss Gesundheit und Soziales, **Stand der Änderungen des SGB II**, mit Gabriele Hiller-Ohm, MdB, Abgeordnetenhaus, Raum 304, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 17.01.2011, 19:00 - 21:00, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. 73, 74, 75, **Kiezgespräch mit Ulrich Nußbaum: Berlins Finanzen - neue Schulden oder Konsolidierung?** (s. S. 3)
- 17.01.2011, 19:00, SPD Treptow-Köpenick, **Welchen Nutzen hat eine Partnerschaft mit Privaten - Beispiel Berliner Wasserbetriebe**, Diskussion mit Dr. Petra Warnecke, Veolia Wasser GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung, Direktorin Kommunikation, Marketing und Public Affairs, Ratskeller Köpenick, Festsaal, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin
- 18.01.2011, 19:00, SPD Mitte AK Gesundheit und Soziales, **Die besonderen Herausforderungen und Problemstellungen der AWO im Bezirk Mitte**, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 18.01.2011, 19:00, Frank Jahnke, MdB / Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit, Technologie, **Bilanz der Fachausschussarbeit und Wahlen**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 18.01.2011, 19:30, Wolfgang **Thierse trifft ... Ulrich Matthes**, Schauspieler, Kulturbrauerei, Soda-Salon, Knaack- oder Sredzkistraße, 10435 Berlin. (s. S. 16)
- 18.01.2011, 19:30, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Neu-Westend, **Dreiklassen-Gesundheitssystem oder Bürgerversicherung?** (s. S. 4)
- 19.01.2011, 18:00, AfB Charlottenburg-Wilmersdorf, **Lehrerweiterbildung**, SPD Bürgerbüro, Goethestraße 15, 10625 Berlin
- 20.01.2011, SPD-Fraktion, **Reinickendorfer Stadtteiltag mit Jörg Stroedter (MdB)**. Ab 16.00 Infostand am Kurt-Schumacher-Platz (Eingang Clou) zusammen mit den Stadträten Andreas Höhne, und Peter Senftleben. Ab 19.00 Bürgerforum Gesundheitspolitik im Ratskeller Reinickendorf mit Andreas Höhne, Thomas Isenberg, (MdB, gesundheitspolitischer Sprecher) und der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert. (s. S. 3)
- 20.01.2011, 18:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - AG Migration, **Film: „Aghet - ein Völkermord“**, SPD Kreisbüro Steglitz-Zehlendorf, Thaliaweg 15, 12249 Berlin. Aus Anlaß des 4. Jahrestages der Ermordung des türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink zeigt die AG Migration den preisgekrönten Dokumentarfilm „Aghet - ein Völkermord“. Er behandelt die Vertreibung der Armenier aus der Türkei in den Jahren 1915 bis 1917.
- 22.01.2011, 09:20, Stolpersteine B 96 e.V. **Ge-**

denkstättenfahrt: Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Treffpunkt: Bahnhof Südkreuz RE 38310, 10829 Berlin, Anmeldung erbeten: info[at] stolpersteineB96.de

■ 22.01.2011, 10:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde-Ost + Süd, **Im Gespräch mit den Menschen**, Infostand, Kranoldmarkt, Kranoldplatz, 12209 Berlin

■ 24.1.2011, 19:30 Uhr **Mieten und energetische Gebäudesanierung**, mit Dr. Franz-Georg Rips (D. Mieterbund), Daniel Buchholz (MdB) und Swen Schulz (MdB), Kulturhaus Spandau, Galerie, Mauerstr. 6, 13597 Berlin

■ 25.01.2011, 19:30, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde-Ost + Süd, **Die Themen der SPD bei den Berliner Wahlen 2011**, AWO - Haus der sozialen Dienste, Osdorfer Straße 121, 12207 Berlin

■ Selbst Aktiv-Netzwerk behinderter Menschen in der SPD (Regionalgruppe Berlin), **„Integrationsfachdienste in Berlin – Aufgaben, Möglichkeiten und aktuelle Probleme“**, Mittwoch, 26. Januar 2011, 16.30 Uhr, im AWO Landesvorstand, Blücherstr. 62, 10961 Berlin (Erdgeschoss), Referentinnen: Franka Sahl and-Blum und Marion Oehler (IFD)

■ 26.01.2011, 19:30, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Seenplatte, **Die schwarz-gelbe Gesundheitsreform - Eine Reform auf dem Rücken der Versicherten?** Öffentliche Veranstaltung mit Dr. Carola Reimann, SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, und Henry Kotek, Leiter der Unternehmenspolitik der AOK Berlin-Brandenburg. Restaurant Wannsee, Kronprinzessinnenweg 252, 14109 Berlin, (S-Bhf. Wannsee)

■ 27.01.2011, 18:30 - 21:30, SPD Mitte, **Debatteforum: Demokratie braucht Qualität - Beispiele guter Praxis und Handlungsstrategien für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus**. Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Roland Roth stellt seine Studie „Demokratie braucht Qualität“ vor, die er 2010 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt hat. Er wird erläutern, was Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus unternehmen können. Die Diskussion, die der Bezirksbürgermeister und SPD-Kreisvorsitzende von Berlin-Mitte, Dr. Christian Hanke, moderieren wird. Die Veranstaltung wird in Zusammenarbeit mit dem Verein „Gesicht zeigen! – Für ein weltoffenes Deutschland“ organisiert. S-Bhf. Bellevue, Bögen 416-422, Flensburger Str. 3, 10557 Berlin

■ 27.01.2011, 19:30, August-Bebel-Institut, Kulturforum Stadt Berlin und Berliner Stimme **„Verrücktes Blut“** Theaterstück von Nurkan Erpulat und Jens Hillje (ausverkauft)

■ 27.01.2011, 19:30, Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V., **„Die Kinder kamen nicht zurück“ - Ein Filmabend zum Gedenken an die Befreiung des KZ Auschwitz vor 66 Jahren**. Die Schauspielerin Tina Engel liest aus dem Buch von Hanna Papanek Elly und Alexander, vorwärtsBuch 2006, Berichte über die Verfolgung jüdischer Kinder in Frankreich.

Filmvorführung Die Kinder kamen nicht zurück (La Mémoire des enfants) Ein Dokumentarfilm von Hannes Gellner, Thomas Draschan (AUT/F 2010, 72 min, deutsch). Willy-Brandt-Haus e.V., Stresemannstraße 28, 10963 Berlin. Teilnahme bitte anmelden unter: presse[at]freundeskreis-wbh.de

■ 28.01.2011, 20:00, SPD Spandau - Abt. Wilhelmstadt **Bürgerstammtisch** mit Raed Saleh, Kreisvorsitzender der SPD-Spandau und Mitglied des Abgeordnetenhauses, und Christian Haß, Vorsitzender der SPD-Wilhelmstadt und Bezirksverordneter. Spandauer Kater, Seeburger Str. 15, 13581 Berlin

■ 01.02.2011, 16:00 - 18:30, **Sprechstunde der Bundestagsabgeordneten Dr. Eva Högl - Mitte**, Wahlkreisbüro Dr. Eva Högl, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Bitte anmelden unter: eva.hoegl[at]wk.bundestag.de

■ 03.02.2011, 19:30, Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V., **Ausstellungseröffnung: Dignity – Die Würde des Menschen - Fotografien von Dana Gluckstein**. Anlässlich des 50jährigen Bestehens der Menschenrechtsorganisation Amnesty International im Jahr 2011 zeigt der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. Werke der amerikanischen Fotografin als Hommage an die Menschen dieser Erde, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin. Mit Heidi Wieczorek-Zeul, MdB, und Monika Lücke, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, Ausstellung vom 4.02. bis 25.03.2011. Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich

■ weitere Termine unter www.spd-berlin.de/termine

Rechtspopulisten als Gefahr?

Die Friedrich-Ebert-Stiftung lädt am 26. Januar zu einer Diskussionsveranstaltung über Gefahren des Rechtspopulismus. Mit dabei sind u.a. die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert und der Spandauer Abgeordnete Raed Saleh.

Auch in Berlin versucht sich die extreme Rechte in rechtspopulistischer Manier und mit Rekurs auf Meinungsfreiheit als Anwalt der vermeidlich von der demokratischen Politik Alleingelassenen mit Slogans gegen islamische „Überfremdung“, multi-kulturelle Gesellschaft und Integration zu profilieren. Um die Anstrengungen für ein Mehr an Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz, – in Berlin und anderswo – zu unterstützen, lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung zur Debatte über aktuelle Herausforderungen und effektive Wege, Rassismus und Ausgrenzung klare Grenzen aufzuzeigen.

BS □

➔ Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 1, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin, Anmeldung bitte per Mail bis zum 16.1.2011 an forum.cy<at>fes.de

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

„Wir sitzen im Süden...“

Einblicke in ein „Ersatz-Deutschland“ - Heute Filmvorführung im Moviemento

Sie melden sich mit Ralf Becker und Ilona Manzke. „Wir sitzen im Süden“, lautet die Antwort auf gelegentliche Fragen der Kunden nach dem Standort der Firma. Die Callcenter-„Agents“, die fränkisch, badenserisch oder auch hochdeutsch sprechen, sitzen tatsächlich im Süden – in klimatisierten Großraumbüros mitten in Istanbul.

Deutsche Firmen von Lufthansa bis Neckermann finden hier für wenig Lohn qualifizierte Arbeitskräfte. Das August-Bebel-Institut lädt am 15. Januar zur Vorführung des Films „Wir sitzen im Süden“ im Kino Moviemento mit anschließender Diskussion mit der Regisseurin.

Was Bülent (30), Murat (39), Fatos (43) und Çigdem (33) miteinander verbindet, ist ihre Kindheit und Jugend in Deutschland. Für ein Leben in Istanbul haben sie sich nicht selbst entschieden. Bülent wurde vor



Ersatz-Deutschland in Istanbul: Filmszene aus „Wir sitzen im Süden“. Foto: Verleih

fünf Jahren abgeschoben. Fatos und Murat wurden gegen ihren Willen von den Eltern in die Türkei geschickt. Selbst nach Jahrzehnten im Herkunftsland ihrer Eltern sind sie nie wirklich angekommen. Sie haben sich in einem „Ersatz-Deutschland“ eingerichtet. Mehr als 20 Jahre später ist es un-

gewiss, ob es eine Möglichkeit für sie gibt, nach Deutschland zurückzukehren. Der Umgang mit der Visumpflicht für Türk/innen ist dabei ein zentrales Thema

„Wir sitzen im Süden“ ist der erste abendfüllende Dokumentarfilm von Regisseurin Martina Priessner, die zuvor u.a. als Kuratorin und Redakteurin für das Filmfestival Türkei/Deutschland sowie als Dramaturgin und Kuratorin am Ballhaus Naunynstraße tätig war.

Im Anschluss an die heutige Vorführung findet ein Gespräch mit der Regisseurin sowie Tülin Duman, Gays & Lesbians aus der Türkei / Türkiyeli Escinseller Dernegi (GLADT e.V.) und Mechthild Rawert, Mitglied des Bundestages, statt.

➔ Sa 15. Januar 2011, 18-21 Uhr, Kino Moviemento, Kottbusser Damm 22, Berlin Kreuzberg, Reservierung: 692 47 85 oder www.moviemento.de

„Thierse trifft...“ Ulrich Matthes

Der „Ensemble-Solist“ ist am 18. Januar Gast der Talkreihe

Ulrich Matthes ist einer der eindrucklichsten Bühnen- und Filmschauspieler seiner Generation. Geboren wurde er 1959 in Berlin, wo er heute auch lebt. Am 18. Januar ist er Gast in der Gesprächsreihe „Thierse trifft...“

2004 ist Matthes in zwei geradezu komplementären Filmrollen hervorgetreten. In Oliver Hirschgiebels Führerbunkerdrama „Der Untergang“ spielt er den Propagandaminister Goebbels. In Volker Schlöndorffs großem Film „Der neunte Tag“ ist er der Geistliche Henri Kremer, der sich gegen Kollaboration mit den Nazis entscheidet und aus freiem Willen ins KZ zurückkehrt. Für seine Theaterrolle als George in Edward Albees „Wer hat Angst vor Virginia Woolf“ (an der Seite von Corinna Harfouch) erhielt er 2005 den Gertrud-Eysoldt-Ring, den

wichtigsten Schauspielerepreis im deutschsprachigen Raum. Die Kritikerjury von „Theater heute“ kürte ihn im selben Jahr zum Schauspieler des Jahres.

Ulrich Matthes gehöre zu den Großen seiner Zunft, sagen Kritiker. Er sei kein Rampendarsteller, sondern verwirkliche sich trotz seiner Außerordentlichkeit stets im Zusammenspiel mit anderen Schauspielern, so dass man von einem großen Ensemble-Solisten sprechen könne.

Bei ihrem Treffen in der Kulturbrauerei diskutieren Wolfgang Thierse und Ulrich Matthes über Persönliches, über Theater und Film, über Hörbücher und über die Leidenschaft des Lesens.

➔ 18. Januar 2011, 19.30 Uhr (Einlass: ab 19.00 Uhr), Soda-Salon in der Kulturbrauerei, Knaackstraße oder Sredzkistraße

KULTURTIPPS

Moscow Cirkus on Ice. Nachdem das für den morgigen Sonntag geplante Gastspiel (siehe BS 24 vom 11. Dezember 2010) um 17 Uhr im Admiralspalast nahezu ausverkauft ist, bietet der Moskow Cirkus on Ice eine Zusatzvorstellung um 14 Uhr an. Telefonische Information beim Admiralspalast Berlin: 030 / 4799 7499.

Lange Nacht der Museen. Mit dem gewohnt vielfältigen Programm präsentieren sich 69 Berliner Museen am 29. Januar in ihrer „Langen Nacht“. So führt Akademie-Präsident Klaus Staeck am Pariser Platz durch die Sigmar-Polke-Ausstellung, das Anne-Frank-Zentrum beteiligt sich, aber auch das 1. DDR-Motorrad-Museum. Fünf Busrouten werden angeboten. Das ganze Programm gibt es unter www.lange-nacht-der-museen.de